

Der **Zimmerer**

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehb. durch alle Postanstalten. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4 St. Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

Gegen sozialen Rückschritt Für Erhaltung des kollektiven Arbeitsrechts

Die Räume des Reichswirtschaftsrats in Berlin, in denen seit langem stille Beschaulichkeit waltet, erlebten am 18. Oktober einen großen Tag. Die Vertreter der Arbeit, der deutschen freien Gewerkschaften, waren hier versammelt; des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Der Plenarsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Feierlicher Ernst lag über der Versammlung, als

Theodor Leipart

sie eröffnete. Die freien Gewerkschaften wollen noch einmal in aller Öffentlichkeit zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und zu den jüngsten Notverordnungen Stellung nehmen. Die Reichsregierung sei eingeladen; sie habe sich aber wegen Zeitmangels entschuldigt und sich darauf beschränkt, Ministerialrat Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium zu delegieren, von dem sie Bericht über die Tagung erwarte. Leipart wies auf den ungeheuren Notstand hin, der durch die Wirtschaftskrise verursacht ist. Wenn heute scheinbar Anzeichen für eine Wiederbelebung der Wirtschaft hervortreten, dann sei um so mehr ein Abklingen der politischen Leidenschaften notwendig; denn Besinnung und Ruhe seien erste Voraussetzung für eine Besserung der Wirtschaftslage. Dagegen werde aber jeden Tag gesündigt, auch seitens der Regierung, die durch Reden und Handlungen einen Keil in das Gefüge des deutschen Volkes treibe und dadurch die vorhandenen Gegensätze noch mehr verbreitere. Der Reichskanzler habe alle, die im Gegensatz zur Regierung stehen, als Feinde des deutschen Volkes bezeichnet. Dem müßten die Gewerkschaften ganz energisch widersprechen. Die Gewerkschaften verwehren sich auch entschieden dagegen, wenn man ihnen das Nationalgefühl abspreche. Die Gewerkschaften müßten es ebenso mit aller Schärfe zurückweisen, wenn man ihnen vorwerfe, daß sie durch ihre Abwehr von Lohnkürzungen die Einstellung von

Arbeitslosen verhinderten und sich damit dem Wirtschaftsplan der Regierung in den Weg stellten. Niemand habe größeres Interesse an der Arbeitsbeschaffung wie die Gewerkschaften, denn mehr als 2 Millionen Arbeitslose seien ihre Mitglieder. Im Baugewerbe seien 80 % zum Teil jahrelang arbeitslos. Im Holzgewerbe 70 %, in der Metallindustrie 50 %; dazu kämen die Kurzarbeiter. Insgesamt seien 45 % aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und 22 % arbeiten verkürzt. Nicht nur für Arbeitsbeschaffung, auch für die Arbeitszeitverkürzung seien die Gewerkschaften als die ersten mit

aller Energie eingetreten. Redner erinnerte an die Beschlüsse des Frankfurter und des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses. Die Gewerk-

schaften seien bereit, zu prüfen, was von der Notverordnung der Arbeiterschaft dienlich sei, sie müßten sich aber entschlossen wehren gegen alle Bestrebungen auf eine Verschlechterung des Lebensstandards, auf eine Entrechtung der Arbeiter.

Der Kollege Tarnow sprach daraufhin zu dem Thema:

„Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften“

Er begann seine durchschlagenden Ausführungen mit der Schilderung der kolossalen Verluste, die die Krise in der Welt und insonderheit in Deutschland hervorgerufen hat. Er streifte den Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften, um dann den Regierungsplan unter die Lupe zu nehmen. Die Gewerkschaften wollten zwei

Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuerscheine unter die Unternehmer verteilen. Der Weg zur direkten Arbeitsbeschaffung wurde nicht beschritten, sondern man glaubte, die private Unternehmerinitiative als Mittel zur Krisenüberwindung betrachten zu dürfen. Die angeblich so konservative Regierung huldigt dem ultraliberalen Grundsatz: Alles, was den Unternehmensegeist im Lande stärkt, zu Geschäftsbelebungen und zur Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes führt, ist Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes. Die Gewerkschaften stellen ihre Auffassung demgegenüber, daß alle Sozialpolitik, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaufrkraft die Voraussetzungen für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes ist. Die 1½ Milliarden, die die Regierung den Unternehmern in Form von Steuerscheinen zuführt, sind übrigens eine sehr fatale Größenordnung. Es ist nämlich der gleiche Betrag, der mit der Notverordnung vom 14. Juni aus den untersten Schichten herausgepreßt worden ist. Wenn die Regierung schon 2,2 Milliarden an die Unternehmer verschenkt, wie konnte sie auch noch die Lohnsenkungstrübe der Arbeiter mit in den Geschenkkorb werfen? Die Unsinnigkeit der Lohnsenkungsvorschriften ist selbst vielen Unternehmern klargeworden. Sie schämen sich geradezu, von den Notverordnungsrechten Gebrauch zu machen. Das müßte selbst eine Warnung für die Regierung sein.

•Kollege Tarnow behandelte dann die Widersprüche des Ankurbelungsplans und bringt Beweise, zu welchen Konsequenzen die Steuergeschenke führen. Der theoretisch normale Fall ist der, daß bei Neueinstellungen 55 bis 60 % des Lohnes der Neueingestellten durch die Lohntribune der Beschäftigten aufgebracht werden sollen. Dazu tritt dann noch die Einstellungsprämie. Zahlreiche Fälle beweisen, daß die Unternehmer, die von dem Recht der Notverordnung rücksichtslos Gebrauch machen, für die Neu-

Die Gewerkschaften fordern

Die Entschließung, die auf der öffentlichen Kundgebung der freien Gewerkschaften und des AfA-Bundes angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den

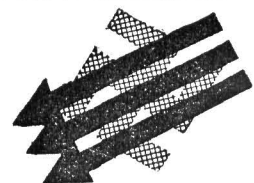
Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes im Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaufrkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Freiheit oder Sklaverei? Volk entscheide: Liste 2 Sozialdemokraten!



eingestellten wenig Lohn zu zahlen brauchen. Es gibt sogar Fälle, wo die Einstellungsprämien und die Lohnabzüge den Lohn der Eingestellten übersteigen und für den Unternehmer ein Ueberschuß entsteht. Die Notverordnung soll auch zur Verkürzung der Arbeitszeit führen. Die Gewerkschaften haben die 40-Stunden-Woche schon lange gefordert. Die Arbeiter waren bereit, ein großes Opfer für ihre arbeitslosen Kollegen zu bringen. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 % Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 % der Lohnsenkung hinzufügt, dann geht dies weit über das noch erträgliche Maß hinaus. Eine Unmöglichkeit ist ferner der § 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tariflohn bis zu 20 % zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre

das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse gekommen. Tarnow wandte sich ferner gegen die unselige Handelspolitik, die durch Einfuhrsperren und Kontingentierungen zu gefährlichen Gegenmaßnahmen anderer Länder geführt hat. Dadurch wird die Arbeitsbeschaffung durch Brotlosmachung der Arbeiter in den Exportindustrien selbst wieder illusorisch gemacht. Die Regierung setzt sich durch ihre Maßnahmen in starken Widerspruch zu den Worten des Reichspräsidenten, „daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe“. Die Regierung muß nach Prüfung der Sachlage schleunigst dazu übergehen, die Notverordnung vom 5. September aufzuheben.

Der Kollege Nörpel vom Bundesvorstand des ADGB sprach über das Thema:

„Der Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts“

Die Reichsregierung hat tiefgehende Eingriffe in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsrecht vorgenommen. Die Arbeiterschaft hat nach der Umwälzung die Demokratie und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger durchzusetzen verstanden. Deshalb wehrt sie sich entschieden dagegen, daß diese Grundrechte der Republik jetzt aufgehoben werden sollen. Durch die Maßnahmen der Regierung ist die Vertragstreue stark erschüttert. Aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen halten daher die Gewerkschaften Eingriffe in das Tarifrecht und die Unabdingbarkeit nicht für rechtswirksam. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September die Kampffreiheit, die der Kollege Nörpel durch unwiderlegbare Rechtsgründe verteidigte. Das deutsche Staatsleben hängt ab von der Erhaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften ein-

treten. Mit ihren Maßnahmen hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Unternehmern geradezu unerläßliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Der Arbeiter wird Objekt im Staatsleben. Die Gewerkschaften wenden sich entschieden dagegen, daß an die Stelle des Rechts die reine Fürsorge

treten soll. Die Freiheit ist das höchste Gut aller Menschen, auch der Arbeiter. Man bilde sich nicht ein, daß die kulturell hochstehende deutsche Arbeiterklasse ihre Freiheit jemals preisgeben wird. Der gegenwärtige Kampf ist ein solcher um die persönliche Freiheit des Arbeiters und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften kämpfen um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und auf dem Boden der Reichsverfassung für die Menschenrechte.

Schlußwort

Aufhäuser sprach das Schlußwort, nachdem die vorgelegte Entschließung einstimmige Annahme gefunden hatte. Er faßte noch einmal den Inhalt beider Referate zusammen. Es sei darin zum Ausdruck gekommen, was viele Millionen Arbeiter empfinden. Die Regierung möge in der Stellungnahme dieser Tagung eine letzte Warnung, eine Mahnung zur Umkehr sehen. Für die Arbeiter und Angestellten aber ergehe von dieser Tagung der Ruf zur Sammlung. Alle müßten sich um ihre Gewerkschaften scharen; denn die Gewerkschaften seien der Schutzwall, an dem die Reaktion zerbrechen müsse.

Ein dreimaliger Freiheitsruf schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeitsschutzes

Die Berufsarbeit fordert jedes Jahr zahlreiche Opfer an Arbeitskraft und Gesundheit. Im Jahre 1929, einem Jahr einer leidlich guten Konjunktur, wurden nach den statistischen Nachweisungen des Reichsversicherungsamtes 1,5 Millionen Unfallanzeigen erstattet, 168 000 Unfälle verliefen schwer und führten zu einer Entschädigung und 9500 Unfälle hatten den Tod zur Folge. Zu diesen auf plötzliche Einwirkungen bei der Arbeit be-

ruhenden Schädigungen und Verlusten traten weitere statistisch nicht genau zu erfassende schädliche Einflüsse, zum Beispiel durch grelles Licht, durch Lärm, Hitze, Kälte, Wind, Wetter, Luftdruck, Erschütterungen, chemische Gifte, Staub, Infektionen, einseitige Arbeitsstellung.

Es war und ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften, die Arbeiterschaft vor den zahlreichen Gefahren

ihres Berufs zu bewahren, ihre Arbeitskraft und Gesundheit zu schonen und zu erhalten. Trotz vieler Widerstände seitens der Unternehmer sind die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf diesem Gebiete nicht erfolglos gewesen. Dem gewerkschaftlichen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit, um Ausbau der Sozialversicherung, um Verbesserung der Betriebsverhältnisse und der Betriebsicherheit konnte auf die Dauer Widerstand nicht geleistet werden. Die Forderungen der Gewerkschaften, die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und Krankheiten zu erweitern und dabei die modernen Arbeitsmethoden, Betriebsrichtungen und die zur Verwendung kommenden Materialien zu berücksichtigen, ebenso die Forderung auf öftere eingehende Betriebsüberwachung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften und nach Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren haben schließlich erfüllt werden müssen, wenn auch auf diesem Gebiete trotz allem noch viel zu tun übrigbleibt. Das Bestreben der Gewerkschaften nach besserem Schutz ihrer Mitglieder vor Berufsgefahren und deren schädliche Auswirkungen setzten auch in der Zeit der wirtschaftlichen Krise nicht aus. Gerade in der jetzigen Zeit, wo soviel von der Verbilligung der Produktion die Rede ist, wird vielfach versucht, die Kosten der Arbeitsschutzmaßnahmen einzuschränken. Wie falsch eine derartige Einstellung des Unternehmertums ist, ergibt sich daraus, daß nach sachverständigen Berechnungen die kapitalisierte Unfallrentenlast rund drei Milliarden Mark, die durchschnittlich jährliche Entschädigung für den einzelnen Fall rund 180 M beträgt, während die Berechnungen für den kapitalisierten Einzelschaden zwischen 3000 und 6000 M schwanken. Nach genauen Berechnungen der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft stellt jeder verhäutete sonst entschädigungspflichtig gewordene Unfall für den Unfallversicherungsträger eine Ersparnis von 5400 M dar. Wenn also die Berufsgenossenschaft, deren Aufwand für die mit dem Gefahrenschutz zusammenhängenden Aufgaben jährlich rund 90 000 M beträgt, im Jahre nur 17 entschädigungspflichtige Unfälle verhüten hilft, so sind dadurch schon die Kosten der Unfallverhütung gedeckt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Abwehr der Krankheitsgefahren.

Der Arbeitsschutz in der jetzigen Zeit ist daher keineswegs eine kostspielige oder gar überflüssige Angelegenheit. Im Gegenteil, Einsparungen auf dem Gebiet der Unfall- und Krankheitsverhütung würden sich in höheren Ausgaben für Krankenkasse, Invaliden- und Unfallversicherung auswirken. Das Gleiche gilt auch für das spezielle Gebiet des Bauarbeiterschutzes. Wenn die Gemeinden unter dem Druck der Finanzlage vielfach dazu übergehen die Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen zu entlassen, so entstehen aus der mangelhaften Ueberwachung der Baustellen der Allgemeinheit die allergrößten Gefahren. Hier wird am falschen Platze gespart, wenn die erprobten Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen abgebaut werden. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter stellen einen großen Reichtum der Nation dar. Diesen wahren Reichtum der Nation zu erhalten, muß unsere und ebenfalls Aufgabe der Regierung sein.

Der einzelne Arbeiter kann und muß sich in dem Betrieb für die Durchführung der zu seinem Schutz erlassenen Bestimmungen einsetzen, er muß sich aber auch gegen jeden Versuch der Betriebsleitung, Sparmaßnahmen auf Kosten seiner Sicherheit durchzuführen, wehren. Darüber hinaus ist eine Fortentwicklung des Arbeitsschutzes, eine Verbesserung der Betriebsicherheit, eine Ausdehnung der Rechte der Arbeiterschaft bei der Mitwirkung auf diesem Gebiete notwendig mit dem Ziel, das höchste und kostbarste Gut des Menschen, Gesundheit und Arbeitskraft, weitestgehend zu schützen. Diese Aufgaben sind nur zu lösen, wenn die Arbeiterschaft auch weiter zusammengeschlossen in ihren Berufsorganisationen sich mit allen Kräften dafür einsetzt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung

Ihr liegen nur die Wünsche der Besitzenden nahe

Die Regierung will an die Besitzenden Steuergutscheine für mehr als 2 Milliarden Mark verteilen

Man weiß aber nicht, ob das geschenkte Geld im Lande bleibt

Zugleich wird den Unternehmern gestattet, die Tariflöhne zu unterschreiten

und die Regierung verteilt an die Unternehmer Prämien für Neueinstellungen

Das Geld muß... (in die Tasche des Kapitalisten)... rollen...

Es wird mehr produziert. Wie werden aber die Waren abgesetzt, wenn der Staat bei den Arbeitern ebensoviel wegnimmt, wie er an die Besitzenden verschenkt? Durch den neuen Lohnabbau bereitet die Regierung den Mißerfolg ihres Wirtschaftsprogramms selbst vor.

Kämpf für den Aufstieg! Dr. Paul Hertz MdR.

In der kommunistischen Presse wird ein Auszug aus den „Deutschen Führerbriefen“ veröffentlicht, die von einigen großkapitalistischen Schreibern herausgegeben werden. Sonst ist in der bürgerlichen Presse mit Befriedigung festgestellt worden, daß die Kommunistische Partei ein „Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie“ sei, die den Aufstieg der Arbeiterklasse verhindere. Jetzt wird in den „Führerbriefen“ zur Abwechslung gesagt, die Sozialdemokratie habe den Lebensstand der erwerbstätigen Arbeiter nur deshalb gehoben, um sie in einen Gegensatz zu den erwerbslosen Arbeitern zu bringen. Diese Behauptung benutzt die kommunistische Presse, um einen Schwall alter und neuer Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vorzubringen. Wir greifen einige dieser Lügen heraus, und stellen ihnen die Tatsachen gegenüber.

1. Lüge: 1918/19 habe die Bourgeoisie den arbeitenden Massen „gezwungenermaßen“ sozialpolitische Konzessionen gemacht, wie zum Beispiel den Achtstundentag, den gesetzlichen Schutz der Tariflöhne, das grundsätzliche Recht auf Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung usw., um den Sturz des kapitalistischen Systems zu verhindern.

Die Wahrheit: Die von der kommunistischen Presse genannten sozialen Errungenschaften sind am 12. November 1918 durch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten verordnet worden, nachdem sie zum Teil bereits zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden vereinbart waren. Neben den schon genannten Punkten hat die Sozialdemokratie die Beseitigung der Gesindeordnungen, die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten, das gleiche Wahlrecht für alle Körperschaften angeordnet. Damals bestand die Kommunistische Partei noch nicht und konnte deshalb auch nicht als „Pfahl“ zugunsten der Bourgeoisie wirken.

2. Lüge: Die kommunistische Presse behauptet, die SPD- und ADGB-Führer hätten der Bourgeoisie dabei geholfen, diese sozialpolitischen Errungenschaften etappenweise wieder abzubauen. Sie hätten den Achtstundentag beseitigt, die sozialen Unterstützungen, den Arbeiterurlaub und andere Vorteile der Arbeitsbedingungen immer mehr abgebaut.

Die Wahrheit: Von Ende 1923 bis Mitte 1928 gehörte kein Sozialdemokrat der Reichsregierung an. Es ist richtig, daß die Bourgeoisie in dieser Zeit zuerst den Achtstundentag durchlöcherte. Das geschah, als die Geldentwertung ihren schlimmsten Stand erreichte und die Arbeiterorganisationen durch die damalige Krise und die kommunistische Spaltungsarbeit geschwächt waren. Von 1925 bis Anfang 1930 sind die Arbeitsverhältnisse und die sozialen Leistungen wieder ständig verbessert worden. In diesen Jahren herrschte im allgemeinen eine gute Konjunktur, die kommunistische Bewegung ging zurück, dagegen wuchs der Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Löhne und Unterstützungen gingen in die Höhe, neben manchem andern wurde die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsgerichtsbarkeit geschaffen, die beide von der Kommunistischen Partei abgelehnt worden sind.

3. Lüge: Die Hermann-Müller-Regierung habe die ersten Schläge gegen die Arbeitslosenunterstützung geführt, SPD- und ADGB-Führer hätten den Brüning-Notverordnungen zugestimmt.

Die Wahrheit: Die Regierung Hermann Müller ist im Frühjahr 1930 gerade deswegen von der Bourgeoisie gestürzt worden, weil sie den Abbau der sozialen Leistungen verhindern wollte. Als die darauffolgende Brüning-Regierung ihre erste Notverordnung mit dem Abbau der sozialen Leistungen veröffentlichte, erzwang die Sozialdemokratie im Reichstag die Aufhebung der Verordnung. Die Folge davon war die Auflösung des Reichstags, der Einzug von 107 Nationalsozialisten und die damit verbundene Ohnmacht der deutschen Volksvertretung. Die Sozialdemokratie hat niemals den

Notverordnungen Brünings zugestimmt. Richtig ist allerdings, daß sie den Sturz des Kabinetts Brüning, solange es möglich war, verhindert hat. Hätte sie das nicht getan, so wäre schon zwei Jahre früher eine Regierung der Freiherren oder gar eine faschistische Gewaltherrschaft errichtet worden.

4. Lüge: In der kommunistischen Presse wird weiter behauptet, daß die Bourgeoisie „mit Hilfe der SPD. und Gewerkschaftsbürokratie“ erreicht habe, die Arbeiterschaft in zwei Teile zu spalten.

Die Wahrheit: Vor dem Kriege gab es in Deutschland eine einige, einheitlich kämpfende Arbeiterschaft, die in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften organisiert war. Nach dem -Kriege haben die Kommunisten die deutsche Arbeiterklasse immer aufs neue gespalten und zersplittert. Dadurch ist die Kampfkraft des deutschen Proletariats außerordentlich geschwächt worden. Und noch in der Zeit der furchtbarsten Wirtschaftskrise hat die kommunistische Parteileitung ihren Anhängern keine wichtigere Aufgabe gelehrt, als den „Hauptstoß“ gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften zu richten. Mit den Faschisten haben die Kommunisten beim preußischen Volksentscheid und bei vielen andern Gelegenheiten

innerhalb und außerhalb der Parlamente eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie und damit gegen die Arbeiterklasse gebildet. Und so ist es dahin gekommen, daß zahllose Kommunisten zu den Nationalsozialisten übergelaufen sind, weil sie keinen Unterschied zwischen diesen beiden Parteien mehr erkennen konnten. Die nationalsozialistische Presse konnte feststellen: „Es wird uns Nationalsozialisten bedeutend leichter fallen, einen Kommunisten zu werben, als einen Sozialdemokraten.“

Und nun einige Tatsachen: Unter dem Reichskanzler Hermann Müller saßen im Reichstag 12 Nationalsozialisten, 54 Kommunisten, 153 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche 52,80 M., durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 20,20 M.

Unter dem Reichskanzler Brüning saßen im Reichstag 107 Nationalsozialisten, 77 Kommunisten, 143 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche 50,40 M., durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 17,60 M.

Unter dem gegenwärtigen System Papen-Hitler saßen im vorigen Reichstag 230 Nationalsozialisten, 89 Kommunisten, 134 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche 40,70 M., durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 10,20 M.

Wie sieht die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aus?

Die Papen-Regierung versteht es ausgezeichnet, sehr viel Aufsehen von sich zu erregen. Die von ihr verabschiedete Notverordnung vom 5. September zur Wirtschaftsankurbelung, die durch Milliardenbesenken an die Unternehmer erreicht werden soll, ist kaum in Kraft getreten, schon verkündete der verscholtzte Rundfunk Milderung von der gleichen Regierung vorgenommenen radikalen Unterstützungskürzungen. Die Öffentlichkeit wird lange in Spannung versetzt, bis das endgültige Resultat bekannt-

gegeben wird. In diesem Verhalten liegt System. Besonders jetzt vor den Wahlen bedeutet es einen Köder, um sich Sympathien zu verschaffen. Die Reichsregierung hat erfahren müssen, daß ihre Maßnahmen ausschließlich nur von den Wirtschaftsführern und Groß-Agrariern mit Begeisterung aufgenommen wurden. In der Tat sind die Milliardenbesenken auch nur für diese Kreise bestimmt. Das große Heer der Arbeitslosen dagegen erfährt durch diese Regierungsmaßnahmen, die nach Angaben der Reichsregierung

im Interesse des gesamten Volkes erlassen wurden, nicht viel zur Linderung ihrer Not.

Die Verordnung „Zur Ergänzung von Sozialleistungen“, die am 19. Oktober 1932 veröffentlicht wurde, stützt sich auf eine Ermächtigung, die der Reichsregierung durch eine schon früher erlassene Notverordnung zugesprochen wurde, wonach in sämtlichen Zweigen der Sozialversicherung Änderungen auf dem Verordnungswege durchgeführt werden können. Die neue Verordnung enthält Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung und auch für die übrigen Versicherungszweige. Sie bringt an erster Stelle die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter. Danach erhalten Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Hauptunterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, zu den bisherigen Unterstützungssätzen eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt ohne Unterschied nach Lohn- und Ortsklassen für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 M., bei drei oder vier Angehörigen 3 M. und bei mehr als vier Angehörigen 4 M. Durch diese Regelung wird in sehr vielen Fällen das Verhältnis eintreten, daß die Arbeitslosen, deren Unterstützung jetzt noch in höheren Klassen berechnet wird, weniger Unterstützung erhalten würden als die beispielsweise in Klasse VI. Um das zu vermeiden, wurde ebenfalls in der Verordnung bestimmt, daß den Arbeitslosen, die einer höheren Lohnklasse als VI angehören, ebenfalls eine Zulage erhalten, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht. Als Zulage wird in diesen Fällen nur der Unterschiedsbetrag gewährt. Bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung bleibt die Zulage außer Betracht.

Eine weitere Bestimmung der Verordnung sieht die Beseitigung und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften

1 In Deutschland sind über 7 Millionen Arbeitswillige ohne Beschäftigung

2 Der Ausfall an Kaufkraft der Arbeitslosen vermindert den Absatz des Handels ...

ADGB
AFA-BUND

3 und läßt die Fabriken ohne Aufträge

4 Mit dem Aufwand von 2 Milliarden Mark müssen 1 Million Menschen mit zusätzlichen nützlichen öffentlichen Aufträgen beschäftigt werden

5 Es entsteht eine zusätzliche Kaufkraft

6 Die Fabriken erhalten mehr Aufträge

7 Neue Arbeitskräfte werden eingestellt

8 Die neu geschaffenen Werte verbleiben dem Staat. Arbeitslosen-Unterstützung wird gespart. Die Steuer-Einnahmen steigen. Die Kosten für die Arbeitsbeschaffung werden somit zum größten Teil gedeckt.

MEDEL

Nötverordnung vom 14. Juni 1932 ergeben, vor. Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Ferner waren bisher für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10 000 Einwohner oder weniger haben. Nach der Neuregelung fällt diese Teilung fort. In allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig soviel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug. Ueber die Neuregelung bei den übrigen Sozialversicherungszweigen berichten wir in der nächsten Nummer des „Zimmerer“.

Die Mehraufwendungen, die sich durch diese Neuregelung ergeben, sollen im Monat 11 Millionen Mark betragen. Umgerechnet auf die gesamte Zeit, für die die Verordnung gültig ist, ergibt insgesamt 55 Millionen Mark. Stellt man diesen Betrag den Milliardenbeschenken, die an die besitzende Klasse gegeben werden, gegenüber, ohne dafür die Gewähr zu haben, die Wirtschaft auch nur um ein Geringes anzukurbeln, so ist daraus sehr deutlich die Einstellung der Barons-Regierung zu ersehen. Eine ungleichmäßigere Behandlung der verschiedenen Volksschichten durch die Regierung wird bisher noch nirgends deutlicher in Erscheinung getreten sein.

Nicht nur die Notdürftigkeit der Unterstützungsregelung, sondern vor allen Dingen auch die Unzulänglichkeit in der Verteilung für die gesamten Arbeitslosen muß zur schärfsten Kritik herausfordern.

Nach den letzten Erhebungen über die Arbeitslosenzahlen, die allmonatlich von den Arbeitsämtern durchgeführt werden, ergab sich, daß in der Arbeitslosenversicherung nur insgesamt 659 000 Hauptunterstützungsempfänger ermittelt wurden. In der Krisenfürsorge betrug die Zahl der Hauptunterstützten rund

1 280 000. Für diese beiden Gruppen kommt die Neuregelung überhaupt nur in Frage. Das sind also insgesamt 1 930 000 Arbeitslose von den im gleichen Zeitraum ermittelten 5 200 000 Arbeitssuchenden. Würde die amtlich ermittelte Arbeitslosenzahl stimmen, was wir bezweifeln, da ja hiervon nur die am Arbeitsnachweis gemeldeten erfaßt werden, so werden 3 270 000 Arbeitslose überhaupt nicht von der Unterstützungserhöhung betroffen. Weiter kommt als sehr wesentlich hinzu, daß die Zulage nur den Arbeitslosen, die in den unteren Klassen versichert sind, zukommt. Für die Klasse VI gilt ein wöchentliches Entgelt von 30 bis 36 M. Diejenigen Arbeitslosen, die in der Krisenfürsorge stehen und zu einem Zeitpunkt arbeitslos wurden, in dem sie weit höhere Löhne bezogen haben als jetzt vielleicht in den Berufsgruppen gezahlt wird, werden dadurch, daß sie in höheren Klassen gemeldet sind, nichts von der Neuregelung zu erwarten haben. Die Fälle, wo der Unterschiedsbetrag in Frage kommt, sind nur vereinzelt.

Noch viel ungünstiger ist das Verhältnis bei uns im Baugewerbe. Von allen Berufsgruppen sind die des Baugewerbes am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nach den letzten amtlichen Erhebungen erhielten nur rund 40 000 arbeitslose Bauarbeiter Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und 121 000 aus der Krisenfürsorge. Das sind bei einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit wie sie die baugewerblichen Arbeitnehmerorganisationen errechnen, von 80 % rund 12 % der erwerbslosen Bauarbeiter, die in den Genuß der Unterstützungserhöhung kommen. Es kann darum ohne weiteres gesagt werden, daß die Neuregelung von der Regierungsseite her viel Geschrei mit sich bringt, aber wenig Unterstützung für die in großer Not sich befindenden Arbeitslosen.

Die Papen-Regierung gegen die Opfer der Arbeit

Nach den Erklärungen der jetzigen Regierung bei ihrem Amtsantritt darf der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein. Deshalb hat die Regierung wohl auch als eine ihrer ersten Handlungen eine starke Kürzung der Unfallrenten vorgenommen. Die Renten für Unfälle, die sich in der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 ereignet haben, sind um 15 %, die übrigen Renten, also auch die für künftig eintretende Unfälle, sind um 7½ % gekürzt worden. Insgesamt ist unter Berücksichtigung, daß auch die sogenannten kleinen Unfallrenten — von weniger als 20 % der Vollrente — weggefallen sind, dadurch eine Ausgabensenkung von rund 90 Millionen Mark jährlich bei den Trägern der Unfallversicherung eingetreten. Bei einer Gesamtausgabe für Entschädigungen von rund 347 Millionen Mark im Jahre 1931 sind das über 25 %. Die Regierung hat sich die Behebung der finanziellen Notlage der Unfallversicherung sehr leicht gemacht, sie aber völlig einseitig durchgeführt. Opfer dieses rigorosen Rentenabbaues sind allein die Unfallverletzten und ihre Kinder und Witwen, Nutznießer dagegen ausschließlich die Mitglieder der Berufsgenossenschaften, die Unternehmer, denen dadurch die Beiträge ermäßigt wurden. Weitere Maßnahmen zur Sanierung der Unfallversicherung sind nicht erfolgt. Die Papen-Regierung hat durch Abbau und teilweise Entziehung der Unfallrenten wohl den Unternehmern einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Pflichten abgenommen, aber bisher ihnen weder ihre Vorrechte in der Verwaltung beschränkt noch gewagt, ihnen auch nur im entferntesten ähnliche finanzielle Opfer aufzuerlegen wie den Unfallverletzten.

Die Gewerkschaften haben zur Ausgestaltung und Festigung der Unfallversicherung nachstehende Vorschläge gemacht:

1. Zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung;

3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsverhütung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung;
6. maßgebende Mitwirkung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Artikels 161 der Reichsverfassung.

In dieser Richtung ist aber seitens der Regierung bisher nichts geschehen. Die Regierung hat sich nicht einmal entschließen können, eine bessere Bekämpfung der Betriebsgefahren zur Verhütung des Eintretens neuer Unfallrentenfälle und damit weiterer Belastung der Unfallversicherung zu verlangen. Im Jahre 1930 sind in der gesamten Unfallversicherung für Rentenleistungen rund 356 Millionen Mark ausgegeben worden. Demgegenüber steht die sehr geringe Summe von neun Millionen Mark für die Zwecke der Unfall- und Krankheitsverhütung. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn im gleichen Jahre 163 800 schwere und 9075 tödliche Unfälle eingetreten sind. Dadurch ist allein eine Steigerung der Rentenlasten um 15 Millionen Mark innerhalb eines Jahres entstanden.

Diesem Raubbau am arbeitenden Menschen, dieser unverantwortlichen Vernichtung von Werten an Arbeitskraft und Gesundheit ist nur beizukommen, wenn es gelingt, den jetzt in sozialpolitischer Hinsicht gesteuerten Kurs zu ändern. Mit der jetzt betriebenen Unternehmer-Interessenpolitik muß Schluß gemacht werden.

Ihr Opfer der Arbeit, ihr an Arbeitskraft und Gesundheit für immer geschädigten Unfallverletzten, denkt an die Behandlung, die euch durch die Papen-Regierung zuteil geworden ist, und auch ihr andern Arbeiter, die ihr noch im Vollbesitz eurer Leistungsfähigkeit seid, denen aber jederzeit das gleiche Schicksal ereilen kann, denkt ebenfalls daran und gebt am 6. November dieser Regierung die Antwort darauf.

Schützt den Lohn! Schützt die Kaufkraft!

Seit Anfang 1930 steht der Lohnabbau auf der Tagesordnung. Der erste Ansturm der Unternehmer galt den über-tariflichen Arbeitsverdiensten. Durch ihren Abbau wurden bereits im Jahre 1930 die Stundenlöhne der Arbeiter im Durchschnitt um 6 % gekürzt. Das Jahr 1931 brachte eine allgemeine Kürzung der tariflichen Lohnsätze; der Tariflohn wurde etwa um 8 % gesenkt. Dann kam die Dezember-Notverordnung Brünings mit ihrem Lohnraubdiktat, die Löhne wurden etwa auf den Stand vom Ende 1925 zurückgeworfen. Damit sollten die Wünsche der radikalen Scharfmacher auf der Arbeitgeberseite in vollem Maße erfüllt worden sein.

Im ersten Halbjahr 1932 wurden die Löhne — besonders bei den Bauarbeitern — weiter gekürzt, zum Teil um 10, 15 und sogar 20 %. Nach der Tariflohnstatistik der freien Gewerkschaften lag der durchschnittliche Tariflohn Mitte 1932 um 3,5 % tiefer als im Jahre 1925 — vor der großen Rationalisierungsumstellung der deutschen Industrie!

Seit der Uebernahme der Macht durch das Kabinett von Papen setzte eine neue Offensive des Unternehmertums ein.

Nichts wie raus!

Als Odysseus nach jahrelangen Irrfahrten in seine Heimat nach Ithaka zurückkehrte, hatte sich in seinem Hause eine Schar von übermütigen, prassenden Fremden eingenistet. Es ging recht blutig zu, als Odysseus mit dieser Bande abrechnete. Immerhin haben Jahrhunderte und Jahrtausende tiefstes Verständnis dafür gehabt. Auch wir sollten uns nun endlich auf unser Recht besinnen. Auch wir sollten endlich die Zähne zusammenbeißen und die Fäuste ballen. Auch wir sollten endlich alle Mittel, die uns die Verfassung gibt, anwenden, um in unserm Hause, in Deutschland, Ordnung zu schaffen und die frechen Prasser dorthin zu verweisen, wo sie hingehören. Alle Schätze unseres Landes hat man uns, dem deutschen Volke, geraubt, und ein kleiner Kreis von arroganten, überheblichen Schmarotzern hat alle Güter, die deutscher Fleiß geschaffen und die die deutsche Erde spendet, an sich gerissen.

Raus mit der ganzen Gesellschaft! Sofort! So schnell es überhaupt geht! — „Raus mit den Baronen, dem Adel und den Stroh Männern des Großkapitals aus Parlamenten und Aemtern!“ — Jeder muß seine Bekannten für diese Parole mobilisieren!

Mietenausfall und Lohneinkommen

Am 17. Oktober fand eine Tagung des Hauptverbandes der deutschen Baugenossenschaften und Gesellschaften e. V. in Berlin statt. Wie der Verbandsdirektor Dr. Weber mitteilte, haben die dem vorerwähnten Verbände angeschlossenen Baugenossenschaften rund 600 000 Wohnungen mit 4,5 Milliarden Mark Kapital zu vertreten. Ungefähr 3000 Baugenossenschaften mit 800 000 Mitgliedern nahmen durch ihre Vertretung an der Tagung teil. Was uns besonders interessiert, sind die Mitteilungen, die der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht gemacht hat. Geradezu verhängnisvoll wirkte der Ausfall des Einkommens auf die Mietkalkulationen. Die Mieterrückstände erhöhen sich von Monat zu Monat. Im Reichsdurchschnitt des Jahres 1931 haben die Mieterückstände in Althäusern 3,15 %, in neuen Häusern 4,1 % betragen. Im Juni 1932 hingegen sind die Mieterückstände in Althäusern auf 6,48 %, bei neuen Häusern auf 6,9 % angestiegen. Noch verhängnisvoller wirkte sich die durch eine Minderung des Lohneinkommens bedingte Erhöhung der Mieterückstände im August dieses Jahres aus. Am Ende des erwähnten Monats waren 6,53 % der Mieter in Althäusern rückständig, in neuen Bauten

Die Regierung scheint aber von den Erfolgen ihrer Politik noch nicht befriedigt zu sein. Gleichzeitig mit der Bescherung der Besitzenden mit den Steuergutscheinen für mehr als zwei Milliarden Mark, gleichzeitig mit den reichen Zoll- und Subventionsgeschenken an die Agrarier, öffnet sie einem neuen Lohnabbau Tür und Tor: bei der Erhöhung der Arbeiterzahl in einzelnen Betrieben gestattet sie den Arbeitgebern die Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze um 12,5 %.

Mit diesem System muß Schluß gemacht werden.

Lohnsenkung bedeutet Schmälerung der Kaufkraft der Volksmassen!

Zerrüttung der Kaufkraft bedeutet Verengung des Binnenmarktes.

Verengung des Binnenmarktes beim gleichzeitigen Rückgang der Ausfuhr bedeutet Rückgang der Produktion.

Rückgang der Produktion bedeutet Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Die Regierung, die die Bereicherung der Reichen auf Kosten der Besitzlosen als höchste Weisheit und soziale Gesinnung betrachtet, muß verschwinden.

Wir wollen nicht die Sklaven von prassenden Monokel-Fatzken sein. Wir haben einmal die furchtbare Schande erduldet, daß ein adliger Großgrundbesitzer es gewagt hat, ausgerechnet am Jahrestag der republikanischen Verfassung zu erklären, daß diese Verfassung der Herrschsucht einer hauchdünnen regierenden Schicht angepaßt werden müßte.

Nichts wie raus mit dieser ganzen Gesellschaft! Das ist das einzige, was man angesichts dieser Erzreaktionäre sagen kann. Alle müssen helfen! Wir können am 6. November dieses vorsintflutliche System vollkommen zertrümmern. Wir müssen nur unsere Pflicht tun, gegen uns selbst, unsere Familie und gegenüber den kommenden Generationen!

Werben, werben, werben, heißt die Parole!

Mobilisiert alle Bekannten, an die ihr heran könnt, versorgt sie mit unserm Lesestoff, stellt ihnen unermüdet vor Augen, daß es um alles geht! Vergesst nicht die Frauen, deren Einfluß auf das Wahlergebnis so außerordentlich groß ist!

In eurer Hand liegt eure und Deutschlands Zukunft. Sorgt von diesem Augenblick an, daß sie eine sozialistische, eine glückliche werde!

sogar 7,4 %. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Lohnsenkung nach dem Papen-Plan ein bedrohliches Wachstum der leerstehenden Wohnungen und der Mieterückstände herbeiführe. Heute müsse die Mehrheit der Bevölkerung rund 25 % ihres Einkommens für Miete aufwenden, gegen 15 % bis höchstens 20 % vor dem Kriege. Große Teile der Bevölkerung, besonders aber die Erwerbslosen, müßten 60—80 % ihres gesamten Einkommens für die Wohnungsmiete aufwenden. Dieser Zustand sei unerträglich. Mit allem Nachdruck müsse von der Regierung eine Konversion (Herabsetzung) der Zinsen gefordert werden. Der Zinssatz für langfristige, dem Wohnungsbau gewährte Kredite dürfe einen normalen Zinssatz von 4,5 % nicht überschreiten. Wie ein roter Faden durchzog die eine Tatsache das gesamte Referat von Dr. Weber: Die Senkung des Lohnniveaus wirkt sich in geradezu katastrophaler Weise auf allen Gebieten der Wirtschaft und nicht zuletzt im Wohnungsbau aus. Es ist höchste Zeit, daß die wirtschaftsfeindliche Politik der Papen-Regierung, die auf eine völlige Zerstörung des inneren Marktes hinausläuft, aufhört. Die grundsätzlich neue Staatsführung müßte, wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen wäre, sofort das Steuer herumwerfen. Nur eine Stärkung der Kaufkraft ist die wichtigste Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft,

UNTERHALTUNG & WISSEN



WERBEN!

Kamerad, einmal Werber sein!
Einmal etwas vollbringen,
um einen Menschen ringen!
Mit der ganzen Kraft deiner innersten
Ueberzeugung
ihn entreißen der Lauheit und
Müdigkeit!

Einmal zur rechten Zeit
das rechte Wort sagen!
Einmal die Idee
von Mensch zu Mensch tragen!
Einmal heraus aus den Reihen der
Masse treten,
einen Einzelgang zu bestehen
und siegreich daraus hervorzugehen!
Allein Mut, Wille und Weg finden,
allein!

Kamerad, einmal Werber sein!
Tutt, ein Wirker.

"Unser" Bild

Wenn wir an unsere Kinderzeit zurückdenken, an allererste unscheinbare und doch unvergeßliche Erlebnisse und Eindrücke, spielt das Bilderbuch dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Wohl fast jeder erinnert sich da an irgend ein bestimmtes Bild, das sehr eindringliche Gefühle und Gedanken auslöste, bei dessen Anblick man in Lachen ausbrach oder Tränen in die Augen bekam; ein Bild, von dem Wünsche ausgingen, das zu irgendwelchem Tun veranlaßte. Zweifellos fühlt sich das Kind sehr stark zum Bilde hingezogen: Nehmt das Bild aus seinem Leben — es wird um vieles ärmer sein und ein schöner Drang, der ihm innewohnt, wird verkümmern.

Und wir Großen! Haben wir noch Zeit und Gedanken für Bilder übrig, das heißt nicht nur bei gelegentlichem Besuch im Museum, sondern Tag für Tag — für unser eigenes Bild in unserm Heim? Und sind es ihrer schon viele, die auf die moderne These „keinen Wandschmuck mehr!“ schwören? Wir können wohl getrost die erste Frage bejahen, die zweite verneinen; wir glauben, daß auch heute die meisten ein Zimmer mit kahlen Wänden als kalt und unpersönlich empfinden werden. Natürlich soll nicht dem „Bepflastern“, wie es in Großmutter Zeiten oft wahllos geschah, das Wort geredet werden, aber wenige schöne Bilder, mit Bedacht gewählt und sorgsam an den richtigen Platz gehängt, können wohl jeden erfreuen!

Der Herbst, der uns wieder mehr an das Haus bannt, ist die rechte Zeit, ein paar Worte darüber zu sagen. Man denkt wohl auch schon an Weihnachten, an Gaben und Wünsche — in diesem Jahre ein höchst schwieriges Problem angesichts des schlaffen Geldbeutels! Und mancher, der gerade jetzt sich nach etwas über den Alltag mit seinen Sorgen Hinausweisendes sehnt, wird seufzen: „Ach, ein Bild! Wenn etwas wirklich Schönes, Wertvolles nur nicht so teuer wäre.“ Allen diesen Pessimisten dürften die farbigen Künstlersteinzeichnungen — es handelt sich um Originallithographien erster deutscher Künstler — nicht bekannt sein. Ein guter Berater ist ein schmuckes Büchlein „Künstlerischer Wandschmuck für Haus und Schule“ (B. G. Teubner, Leipzig und Berlin), das, mit einem Geleitwort von Professor Julius Zeitler versehen, zunächst über Wesen und Herstellung der Künstlersteinzeichnungen plaudert und dann an Hand von 52 farbigen und 118 schwarzen Abbildungen einen Ueberblick über das Schaffen des Verlages Teubner auf dem Gebiete einer großen Volkskunst gibt. Und man kann solche Bilder schon für 3,60 M bis 8 M kaufen!

Einige Beispiele: Von den Gletschern des Hochgebirges bis zum Meer stammen die Motive — wir sehen etwa Wieland's „Letztes Leuchten“; die schöngestaltete Gebirgskette im Abendschein vor tiefem Himmel: Bauriedl; „Frühling im Ge-

birge;“ dann grüne Auen, stille Weiher, Tal und Hügel des Mittelgebirges; wie Hecker: „Mühle am Weiher;“ ein Winterbild aus dem Schwarzwald; Biese: „Scheidender Tag.“; Volkmann: „Wogen des Kornfeld;“ weiter Bilder aus dem Norden, vom Meeresstrand: Strich-Chapell: „Dorf in Dünen,“ Herrmann: „Im Moor;“ auch der Blumenfreunde wird gedacht: ein schöner Feldblumenstrauß von Marquard trägt in bunten und doch zarten Farben den Frühling ins Zimmer! Dazu gesellen sich Bilder von berühmten Kunstdenkmälern aus alten schönen Städten: Die Frauenkirche und der Zwinger in Dresden, das Goethehaus in Weimar, Nürnberg und Rothenburg o. d. T., aus dem Osten die herrliche Danziger Kirche St. Marien usw. — Bilder und Friese voll echten Märchenzaubers, voll Farbenfreudigkeit und Lebendigkeit der Figuren werden für die Kinder geboten. Freunde der Schattenrißkunst seien auf Diefenbachs köstliche, von lebensvoller Anmut beschwingten Werke „Per aspera ad astra“ und „Göttliche Jugend“, dann auf die Biedermeiermotive von Gerda Luise Schmidt hingewiesen. Der erwähnte Katalog, der auch Rat für schlichte preiswerte Rahmung erteilt, kann von B. G. Teubner, Leipzig C 1, Poststraße 3, gegen Einsendung von 1 M bezogen werden.

Wir haben leider gelernt auf viel zu verzichten, aber die Kunst bleibt uns als eines der hohen Lebensgüter, die allen Stürmen und Krisen trotzen.

Machen Kleider Leute?

Mein Häuschen liegt am Rand eines weit ausgedehnten Waldes.

Nun bestimmt nach dem Buch „Wie kleidet sich der Cavalier?“ das Milieu die Kleidung. Es wäre doch bestimmt stillos, wenn nicht gar geschmacklos, am Nordpol sich im tadellosen Frack unter die Eskimos zu mischen oder nach Negerart, nur mit einem Grasbüschel bekleidet, auf dem Kurfürstendam in der Promenieren!

Nun gibt es nach den Gesetzen gesellschaftlicher Mimikry tausenderlei von Feinheiten, denen der korrekte Mann Rechnung tragen muß. Die abschreckenden Beispiele vom Frack am Nordpol und dem Grasbüschel am Berliner Kurfürstendam sind klar und eindeutig.

Ebenso klar, wie es für mich selbstverständlich war, daß ich in meinem Häuschen am Wald, also mitten in der Natur, andere Kleidung und Sitten annehmen muß, als in der großen Stadt, der ich floh, eben deshalb, weil mir die sogenannten Gesellschaftsanzüge mit ihren qualvollen steifen Hemdenbrüsten und allem Drum und Dran, dem damit verbundenen Gehabe und Getue zuwider ist.

Ich habe also aus dem Schrank in der Bodenkammer mein Tegernseer Jackerl in Grün mit der dunkelgrünen Halsborte und den Hirschhornknöpfen herausgesucht, die lodenfarbene Hose und das Jägerhüterl mit dem imitierten Gamsbart.

Daß die Zigarette hier stillos ist, sagte mir meine gute Kinderstube. Ich erstand mir daher eine nach untenhängende Pfeife, wie sie die Jäger rauchen, kaufte mir ein Pfund Grobschnitt und rauche nun, so schlimm es mir auch bei den ersten Zügen wurde, den Tag über meine Pfeife.

Heute trat aus dem Wald ein richtiger, schwarzgekleideter Zigeuner. Unter dem linken Arm hatte er eine Geige eingeklemmt, die er mir verkaufen wollte. Da ich selbst eine Geige habe, wurde nichts aus dem Geschäft, dafür unterhielten wir uns sehr gut.

Beim Abschied meinte der Zigeuner: „Bist Du Förster?“

Wie mich das freute, so milieugerecht angezogen zu sein, daß der kundige Nomade mich sogar für einen Förster hielt. Gern hätte ich diesmal notgelogen. Aber mein besseres Ich siegte. Ich sagte die Wahrheit:

„Förster? Nein! Ich bin Schriftsteller!“
„Nur Schriftsteller? Nicht Förster?“

Die Falten des Respekts glätteten sich im Antlitz des Zigeuners. Und kräuselnden sich in Linien minderer Achtung.

Und der Ton, in dem er sagte „Nur Schriftsteller! Nicht Förster!“ war der tiefen Beileids, wie man ihn bei Beerdigungen hört, wenn den Leidtragenden kondoliert wird.

Wäre ich, wie mein Anzug annehmen ließ, Förster gewesen, dann war ich in den Augen des Zigeuners eine Respektperson. Ich hätte ihn vielleicht verhaften können, weil er keinen Wandergewerbeschein besaß.

Aber „Nur-Schriftsteller“?

Was kann der einem Zigeuner schon tun?

Leid!

„Womit das alte deutsche Sprichwort, nach dem Kleider Leute machen sollen, gründlich widerlegt ist. Mit dem Rock muß auch ein Amt, eine amtlich beglaubigte Würde verbunden sein.“

Der letzte Prinzregent von Bayern trug stets eine ungezügeltere Generalschmuckhose mit breiten, roten Streifen, deren beide Hosenbeine wie ein leerer Mehlsack ziehharmonikaartig herunter-schlampfen.

Und trotz dieses unvorschriftsmäßigen Hosensitzes grüßten den Prinzregenten alle Bayern devot, weil eben in der Ziehharmonikahose ein Amt mit viel Einfluß stand, das avancieren und degradieren, verurteilen und begnadigen konnte.

Wir Schriftsteller können zwar auch verurteilen und begnadigen. Aber nur theoretisch! Wir können jedoch niemand verhaften, was der kleinste Landgendarm darf!

Jetzt — nach diesen kritischen Betrachtungen — begreife ich auch das Mitleid, das mir der Zigeuner entgegenbrachte, als er erfuhr, daß ich kein Förster, „nur“ ein Schriftsteller bin.

Damit ich in den Augen meiner Mitmenschen am Waldrand nicht in den Verdacht einer Amtsanmaßung komme, habe ich mein Försterjankerl, meine dunkelgrüne Hose, meinen Jägerhut mit dem falschen Gamsbart wieder in den Schrank auf dem Dachboden gehängt, trage wieder meine graue Knickerbocker von der Stange nebst dem berufsgerechten Schillerkragen.

Und meine Jägerpfeife wick der literarischen Zigarette, auf die es mir nicht so übel wird wie nach dem Grobschnitt!

So kann uns auch ein Zigeuner lehren, was uns Menschen von heute geziemt!
Max Eck-Troll.

Der vergitterte Spiegel

Der tschechische Dichter Ivan Olbracht hat sich sehr rasch einenguten literarischen Namen gemacht. Mit seinem neuen Buch „Der vergitterte Spiegel“, deutsch von George S. Stoeßler, das jetzt in vorbildlicher Ausstattung bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienen ist, in Leinen 2,70 M, tritt er in die erste Reihe der Schriftsteller von internationaler Bedeutung. Sein neues Buch ist in jeder Beziehung ein Meisterwerk. Obwohl nichts Aufregendes geschieht — Olbracht erzählt von einer kurzen Gefängnishaft, die er abgesessen hat —, ist das Buch äußerst fesselnd und von packender Gewalt. Ein anderer hätte nach dem üblichen Schema an den Gitterstäben gerüttelt und mit den Ketten geklirrt, Olbracht vermeidet solche billigen Effekte. Er arbeitet nicht mit Schwarzweiß-Kontrasten, er berichtet mit prachtvollem Galgenhumor auch von den gemühtlichen Seiten des Erlebnisses, und er läßt allen, denen er begegnet, Gerechtigkeit widerfahren. Manchmal möchte es scheinen, als ob das ein recht gemühtliches Gefängnis gewesen sei, in dem er das erlebt hat, was er in diesem Buche so lebendig erzählt. Aber diese ruhige Heiterkeit in seiner Darstellung ist weniger einer

menschenfreundlichen Gefängnisverwaltung zu danken als dem Charakter des Dichters und seiner großen inneren Ueberlegenheit. Er fühlt sich nicht erniedrigt und beleidigt, er nimmt diese Strafe und alle mit ihr verbundenen Unannehmlichkeiten auf sich wie ein Mensch, der weiß, daß die Sache, der er mit ganzer Seele dient, nicht aufgehalten werden kann mit noch so viel Gewaltmitteln und Schikanen. Er versteht es, seine Aufseher und Mitgefangenen sich zu Freunden zu machen und sie merken zu lassen, welche Kraft eine Weltanschauung geben kann, die in dem Satz gipfelt: „Das Leben wäre gar nicht lebenswert, wenn wir nur das wollten, was in unsern Kräften steht.“ Olbracht ist Künstler genug, um zu wissen, daß man das Wort Klassenkampf und das Wort Politik nicht in den Mund zu nehmen braucht und daß man doch als Klassenkämpfer vor der ganzen Welt bestehen kann. In seinem Buch ist auch nicht eine von den in solchen Büchern üblichen propagandistischen Wendungen, und doch: welche Propaganda entfaltet dieses neue Werk! Es gehört zu den wenigen Büchern, die dem Begriff Arbeiterdichtung Inhalt geben.

Lesen die Arbeitslosen?

Nach der Ansicht vieler Spießbürger ist der Arbeitslose ein Faulenzer, der für nichts Interesse hat. Demgegenüber stellt der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Volksbibliothekare, Hans Hoffmann, fest, daß die Benutzung der Volksbibliotheken bis zu 60 % gestiegen ist!

Das bedeutet eine Verantwortung, die den Volksbibliotheken gegeben ist. Ist es aber angesichts solcher Verantwortung statthaft, daß, wie der genannte Geschäftsführer ebenfalls mitteilt, am Etat der Volksbüchereien Kürzungen bis zu 75 % vorgenommen worden sind?

Nie wurden die Volksbibliotheken so benutzt wie heute. Und nie waren sie kulturell so bedeutsam wie jetzt. Da ist es nicht nur erforderlich, den Bibliotheken die nötigen Mittel zu erhalten. Da ist es zugleich notwendig, mit den immerhin beschränkten Mitteln das zur Verfügung zu stellen, was in eine moderne Bibliothek gehört.

Aber in einem vogtländischen Dorfe wurde jetzt von der Gemeinde auf einen Naziantrag hin beschlossen, Zolas „Germinal“ und andere Bücher aus der Bibliothek zu entfernen. Und was sollte statt dieser Bücher hinein? Bücher wie Hitlers Selbstbiographie! Ein Buch, von dem kein einziger Kulturmensch in Deutschland behauptet, daß es ein Standardwerk unserer Literatur ist. Und weitere Neuanschaffungen sollen der Nazigemeindevertretung vorbehalten bleiben. Der Bibliothekar, der etwas von solcher Sache versteht, der ist im Dritten Reich eine Null.

Gerade angesichts der Bedeutung, die die Volksbibliotheken heute für die Arbeitslosen haben, müssen wir überall unsern Einfluß dahin geltend machen, daß nur brauchbare Literatur die Regale der Bibliotheken füllt. Auch in die Büchereien des Volkes sollte das Dritte Reich niemals seinen Einzug halten!

Bayrische Erziehungsmethoden

Bayern hat zahlreiche Bäder. Alle sind reich an Naturschönheiten. Täler, Berge, Seen, Wälder, Wiesen wechseln. Straßen und Anlagen sind gut gepflegt. Auch Fremde werden zur Ordnung angehalten. Wie man sie vor dem Betreten der Wiesen zu bewahren versucht, zeigt folgende Inschrift, die man in der Gegend von Bad Tölz mehrfach auf Warnungstafeln verzeichnet findet:

Lieber Wand'rer, merk' Dir das,
Geh auf dem Weg und nicht im Gras,
Damit man leicht und ohne Müß,
Dich unterscheiden kann vom Vieh.

Murkserei der Bürokratie

In der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 22. Oktober finden wir eine Abhandlung, die wir auch unsern Lesern nicht vorenthalten möchten. In ihrem wichtigsten Teil hat sie folgenden Wortlaut:

Wir Deutsche sind heimgesucht von einer vieltausendköpfigen Bürokratie. Sie kostet jahraus, jahrein Hunderte von Millionen Mark. Ob übler Tag, ob heiferer Sonnenschein, sie frißt immer mehr vom Tisch der Steuerzahler. Sie frißt dann besonders viel, wenn es den Deutschen besonders schlecht geht.

Das ist schlimm. Noch schlimmer aber ist es, daß die Bürokratie sich auch betätigt, und nicht zu knapp. Sie tut so, als ob sie was Nützliches täte. Dies besteht darin, daß sie ihre Ernährer, die Bürger, von der Wiege bis zum Grabe verwaltet. Zu diesem Behufe verfertigt sie massenhaft Gesetze, Durchführungsgesetze, Richtlinien und Erläuterungen, dies alles muß natürlich ertüfelt, entworfen, beschlossen, gedeutet, gebucht, geordnet, dann den Opfern bekanntgemacht und aufgehast werden. Und schließlich und vor allem muß die Bürokratie dafür sorgen, daß ihre Absonderungen beachtet, befolgt und, wenn nicht, gebüßt werden.

Der Bürger, der die unerhörten Unterhaltungskosten der Bürokratie erarbeiten muß, trachtet, sich möglichst weit von ihren Absonderungen zu placieren. Täte er das nicht, er fände keine Zeit mehr, seinen Lebensunterhalt und die Steuern zu erschanzen. Zum andern müßte er sich ein paar Leute halten, die aufpassen, daß er nicht an der bürokratischen Schmiere hängen bleibt. Leider gelingt das nicht immer. Denn die Bürokratie wacht mit Argusaugen, daß ihre Ausschreibungen nicht umgangen werden.

Der Bürger fängt zu kotzen an, wenn er mit den Erzeugnissen der Bürokratie in Berührung kommt. Wer das bestreitet, der frage einmal einen kleinen Bauern, welche Gefühle er hat, wenn er nur die Erläuterungen des Steuerzettels liest. Oder wie es dem Invaliden zu Mute wird, wenn er seine Rente zu beantragen hat. Oder wie dem Wohlfahrtserwerbslosen der Magen in Unordnung gerät, wenn er die Fragen nach seiner Bedürftigkeit beantwortet.

Die Gesetze, Richtlinien, Erläuterungen usw. bilden einen solch höllischen Wirrwarr von Vieldeutigkeiten, daß sich selbst Fachleute nicht auskennen. Unsere Sozialversicherung ist ein abschreckendes Beispiel dafür. In ihrer Paragraphenwüste weiß niemand mehr aus noch ein. Eine Unzahl von Rechtsanwälten, Arbeitersekretären, Syndizi, Winkeladvokaten, Gerichten, Aemtern und Ausschüssen ist ständig mit der Entscheidung und Deutung des Paragraphenwulstes beschäftigt. Eine Auskunft stimmt selten mit der andern überein; eine Gerichtsentscheidung widerspricht der andern. Ein Grauen erfaßt einen, wenn man herausfinden soll, was eigentlich Recht ist. Aus diesem Wirrwarr wächst die Macht der Bürokratie. Ein Abscheu überkommt dem armen Teufel, der sich gegen die Erzeugnisse der Bürokratie durchsetzen will. Der Abscheu wird zum Kotzen, wenn der arme Teufel daran denkt, daß er schließlich alles mit seinem kargen Lohn zu bezahlen hat.

Und es wird immer schlimmer mit der Murkserei der Bürokratie. Sie ist immer weniger imstande, sich klar auszudrücken, was sie eigentlich will. Als Beweis hierfür sei statt vieler Beispiele die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ angeführt. Sie ist ein Meisterwerk sprachlicher Unfähigkeit oder Vieldeutigkeit. Dies sei, so wird in Zuschriften an uns behauptet, darauf zurückzuführen, daß die Bürokratie des Arbeitsministeriums dem Tarif- und Lohnvertragsgedanken durch sprachliche Vieldeutigkeit den Garaus machen wolle. Man kann freilich auch der Meinung sein, daß es im Arbeitsministerium keinen Mann mehr gibt, der ein paar klare deutsche Sätze hintereinander zu schreiben vermag. Wie dem nun auch sei, die Paragraphenschleimerei hat im Arbeitsministerium, wo sie ja immer hoch im Schwange war, den Gipfel erreicht.

In einer andern Zuschrift an uns wird der Versuch unternommen, das Berech-

nungsverfahren der genannten Verordnung seines Wortschwulstes zu entkleiden. Ob dies gelungen ist, wagen wir selbst nicht zu entscheiden. Es heißt in der Zuschrift: (Hier folgt die berühmte Verordnung.)

Ob es unserm Mitarbeiter gelungen ist — so schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“ —, das Schreiberwerk vom 5. September, die Lohnabbau-Verordnung, einigermaßen verständlich zu machen, wollen wir lieber dahingestellt sein lassen. Diese Verordnung ist eine Spitzenleistung sprachlicher Murkserei, von ihrem sachlichen, dem lohnquetschenden Teil ganz zu schweigen. Ein Abschütze drückt sich klarer aus, als unsere teure arbeitsministerielle Bürokratie.

Ein Amt, dessen Erzeugnisse für die Millionen werktätiger Menschen gelten, sollte peinlichst auf sprachliche Klarheit, Einfachheit und Eindeutigkeit bedacht sein. Das ist das mindeste, was man von einem solchen Amt erwarten kann. Wenn es aber, wie es den Anschein hat, das nicht zu erfüllen vermag, dann sollte es seine Erzeugnisse, ehe damit die Öffentlichkeit behelligt wird, dem Deutschen Sprachverein zum Uebersetzen ins Deutsche übergeben.

Konservative als liberale Dilettanten

Die Herren von der gegenwärtigen Reichsregierung, an der Spitze der Reichskanzler, belieben es, sich als konservative Staatsmänner auf christlicher Grundlage vorzustellen. Betrachtet man aber ihre Verordnungen und Gesetzentwürfe, dann gewahrt man, daß sich die Herren in den Niederungen des plattesten Liberalismus bewegen. Man bot dem privaten Unternehmertum eine große Chance und harrt nun der Dinge, die da kommen sollen. Wohl rief der Reichskanzler den Unternehmern drohend zu!:

„Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an den eigenen Nutzen denkt und nicht an das große Ganze, wenn es jetzt seine Stunde erkennt und die große Chance nicht ergreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt, sondern zurückhaltend abwartet.“

Blätter, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichneten deshalb den Papen-Plan als den Beginn der großen kapitalistischen Offensive. Das umschmeichelte Unternehmertum hat anscheinend die große Chance nicht ergriffen, weil ihm der ganze Plan nicht als die Grundlage einer Wirtschaftsbelebung erscheint. Die ihnen bereitwillig angebotenen Geschenke hat man naturgemäß gern entgegengenommen. Weil das Wirtschaftsprogramm nicht dem Gemeinnutz, sondern einzig und allein dem Eigennutz der Unternehmer dient, wird es wahrscheinlich ohne jede Wirkung bleiben. Aber die Hand- und Kopfarbeiter mußten eine erneute Verschlechterung ihres Daseins auf sich nehmen. Das ganze Programm ist ein Beispiel dafür, wie hilflos entwurzelte Herrenschichten einer wirtschaftlichen Weltkatastrophe gegenüberstehen. Eine Krise, wie die gegenwärtige, kann nicht überwunden werden mit abgegriffenen liberalen Phrasen oder mit Steuergeschenken, sondern mit durchgreifenden Maßnahmen, die der Wirtschaftsgesundung entsprechen. Nur eine sozialistische Planwirtschaft kann die Planlosigkeit der Unternehmerinitiative überwinden. Wer die sozialistische Planwirtschaft will, der muß sich am 6. November für die Liste 2 entscheiden.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurden in Saalfeld a. d. Saale Otto Querengässer (Verbands-Nr. 72 648), in Bochum Max Renner (40 522) und Ludwig Schwentzig (5981) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen

Kampf gegen die untertarifliche Entlohnung im Kreise Jerichow I (Burg)

Die Wirtschaftskrise macht die baugewerblichen Unternehmer, vor allen Dingen in ländlichen Gebieten, stark. Allen voran im Kreise Jerichow I (Burg) zahlen die baugewerblichen Unternehmer in den ländlichen Gebieten nicht die tariflichen Löhne. Von unserer Gauleitung wurde alles versucht, den tariflichen Lohn zur Durchführung zu bringen, es scheiterte jedoch meistens an dem starren Widerstand der Unternehmer, die genau wissen, daß Arbeitskräfte genügend vorhanden sind. Diese Verhältnisse haben unsern Gauleiter veranlaßt, durch Verhandlungen mit den Unternehmern zum Ziele zu kommen. Diese Bemühungen waren vergeblich. Daraufhin hat sich unsere Gauleitung an den zuständigen Landrat gewandt, ihn auf die Zustände aufmerksam gemacht, und zu gleicher Zeit auseinandergesetzt, welche unlautere Konkurrenz einmal entsteht, und daß zweitens die Unternehmer zu gewärtigen haben, daß sie auf dem Klagewege zur Nachzahlung der tariflichen Löhne gezwungen werden können. Der zuständige Landrat hat nun im Amtsblatt des Kreises Jerichow I in der Nr. 40 eine Bekanntmachung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

Vom Reichsarbeitsministerium sind die Bauarbeiterlöhne ab 1. Juni 1932 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der Zweck der Allgemeinverbindlichkeit soll sein, die vom Reichsarbeitsminister als angemessen angesehenen Löhne überall auch dort zur Anwendung zu bringen, wo eine tarifliche Bindung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht besteht. Jeder Bauauftragnehmer, der bei Errechnung seines Angebotes mit niedrigeren als den für allgemeinverbindlich erklärten Löhnen rechnet, läuft Gefahr, den Unterschiedsbetrag, auf den ein klagbarer Anspruch besteht, nachzahlen zu müssen.

In letzter Zeit ist häufig Klage darüber geführt worden, daß Bauunternehmer, hauptsächlich in ländlichen Gebieten, untertarifliche Löhne zahlen. Das selbständige und leistungsfähige, tarifgebundene Unternehmertum wird durch derartige Maßnahmen vollkommen ausgeschaltet und ruiniert. Die Ortspolizeibehörden sowie die Herren Landjägerbeamten sind daher von mir angewiesen worden, gegen Bauunternehmer, die gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßen, unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Unternehmer-Frechheiten

Die Verordnung vom 5. September 1932 gibt dem Unternehmertum so viele Möglichkeiten sich zu bereichern, daß man meinen sollte, die Unternehmer hätten es gar nicht nötig vom zuständigen Schlichter zu verlangen, ihrer Forderung auf Mißbrauch des § 7 der Verordnung zuzustimmen.

Den Gipfel der Unverfrorenheit hat wohl die Betonfirma Minder & Co., Gelsenkirchen, erklommen. Sie verlangte vom Schlichter auf Grund des § 7 der Verordnung vom 5. September 1932 die Zustimmung zu einer Senkung des tariflichen Lohnes von 20 Prozent. Der Schlichter hat zu diesem Antrag auch die Vertreter der Arbeiterorganisationen gehört. Bei der Aussprache stellte sich heraus, daß die Firma Minder zur Zeit überhaupt keine Arbeit und demgemäß auch keine Arbeiter beschäftigt hat.

Zur Begründung ihres Antrages haite die Firma dem Schlichter mitgeteilt, daß es ihr möglich sei, auf verschiedene in Aussicht genommene Arbeiten Offerten einzureichen. Sie hätte Aussicht, diese Arbeiten zu erhalten, wenn sie auf Grund des § 7 die Löhne um 20 % kürzen könne.

Höher geht's wohl nicht mehr. Dieser Fall dürfte einzig dastehen. Erkennt die Regierung, welches Unheil mit dieser Verordnung angerichtet werden kann, wenn sich ein Schlichter findet, der dem Unternehmer Recht gibt. In diesem Falle ist die brutale Forderung der Firma abgewiesen worden. Die Entscheidung des Schlichters lautet:

Der Antrag der Firma Minder & Co., Gelsenkirchen, auf Erzielung der Ermächtigung, die tarifvertraglichen Lohnsätze um 20 % gemäß § 7 der Verordnung vom 5. September 1932 unterschreiten zu dürfen, wird hiermit abgelehnt.

Diese Entscheidung ist bindend. Sie kann von mir bei nachgewiesener Aenderung der Verhältnisse abgeändert oder aufgehoben werden.

Zahlstellenberichte

Bremen. In der Versammlung vom 6. Oktober referierte Kamerad Caspar über die Notverordnungen der Papen-Regierung und deren Auswirkungen. Die Ankerbelung der Wirtschaft, womit Papen dem Kapitalismus die letzte Chance bietet, sieht wie folgt aus: 1½ Milliarden Mark zur Verfügung gestellt für Steuergutscheine für Gewerbe und Grundbesitz, 700 Millionen Mark für Prämien bei Neueinstellungen. Außerdem ist den Unternehmern die Berechtigung gegeben, bei Neueinstellungen Lohnkürzungen in Höhe von 10 bis 50 % für die 31. bis 40. Arbeitsstunde vornehmen zu können. Redner erläuterte dann sehr eingehend die Stellungnahme der Gewerkschaften zu diesen Regierungsmaßnahmen. Um gegen dieses Treiben der Großagrarien und Industriellen, deren Politik durch die jetzige Reichsregierung verwirklicht wird, mit aller Macht ankämpfen zu können, ist intensive Werbung für die Organisation erforderlich. Es ist Pflicht der Kameraden, in ihrem Bekanntenkreis zu wirken, daß in erster Linie die politischen Verhältnisse in Deutschland so gestaltet werden, daß die Arbeiterschaft wieder einen entsprechenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen kann. Deshalb ist es notwendig, am 6. November der Sozialdemokratischen Partei, die unsere Interessen im Reichstag wirksam zu vertreten weiß, die Stimme zu geben. In der Diskussion konnte sich ein Redner der sogenannten Opposition nicht verknäueln, die von der Regierung Papen-Schleicher erlassene Notverordnung mit der Tarifpolitik der Gewerkschaften zu vermengen. Die folgenden Diskussionsredner sowie der Referent beleuchteten sehr deutlich die unrühmliche Kampfweise der RGO. und ihre Unkenntnis in der Taktik, um erfolgreiche Kämpfe für die Arbeiterschaft zu führen. Nachdem noch die vorzunehmende Herbst-Werbearbeit sowie einige Verbandsfragen behandelt wurden, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Deutsch-Krone. Im Heim der Arbeiterwohlfahrt fand am 16. Oktober eine gut besuchte Mitgliederversammlung für unser Zahlstellengebiet statt. Nach dem Kassenbericht, der von den Revisoren als richtig bestätigt wurde, hielt Kamerad Eichhorn, Schneidemühl, einen ausführlichen Vortrag über „Die Gewerkschaften in der Krise“. Er führte unter anderm aus, daß den Unternehmern die bisher schon in rigoroser Weise durchgeführten Lohnherabsetzungen noch nicht genügen und sie deshalb auf der ganzen Linie dazu übergehen, von dem in der Notverordnung vom 5. September zugesprochenen Recht, die Löhne noch weiter zu kürzen, Gebrauch machen. Die Gewerkschaften wehren sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das einseitige Lohndiktat der Barone-Regierung, und wie aus dem „Zimmerer“ zu ersehen ist, haben unsere Kameraden schon er-

„Der Zimmerer“

will die Verbandskameraden **schnell und zuverlässig** über alle Gewerkschaftsfragen informieren. **Sorgt** deshalb, daß die Verbandszeitung **pünktlich und wöchentlich** kolportiert wird.

folgreich den Kampf gegen die Lohnherabsetzung aufgenommen. An der Begeisterung der Unternehmer für das von Papen erlassene Wirtschaftsprogramm ist sehr deutlich die Einstellung der Regierung zu erkennen. Es ist Pflicht jedes Kameraden, überall aufklärend zu wirken, damit am 6. November ein Reichstag zustande kommt, in dem die Sozialdemokratische Partei, die nur die Interessen der Arbeiter vertritt, mit großem Erfolg in den Reichstag wieder einzieht. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Nachdem noch die durchzuführende Herbsttagitation besprochen wurde, fand die Versammlung mit einem Freiheitsgruß ihr Ende.

Küstrin. Am 9. Oktober hielt die Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Als Referent war Kamerad Frach, Berlin, erschienen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurden vom Vorsitzenden eingegangene Rundschreiben der Gauleitung sowie die der Zentrale bekanntgegeben. Anschließend hielt Kamerad Frach einen lehrreichen Vortrag über die Notverordnung und das Wirtschaftsprogramm des Herrn Papen. Ganz besonders streifte er den schweren Abwehrkampf, der von den Gewerkschaften durchgeführt werden muß im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Dieser Kampf kann aber nur gelingen, wenn jedes Gewerkschaftsmitglied dem Verbands die Treue bewahrt und ein treuer Mitkämpfer ist. Zum Schluß seines Vortrages wies er auf die Notwendigkeit der Agitation hin, um die uns noch Fernstehenden dem Verbands zuzuführen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen. Hierauf wurde vom Kassierer der Kassenabschluß über das zweite und dritte Quartal bekanntgegeben. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Belege in bester Ordnung vorgefunden wurden, worauf einstimmig Entlastung erfolgte. Nach Erstattung des Kartellberichtes fand die Versammlung ihren Abschluß.

Wirtschaftspolitisches

Arbeitsbeschaffung oder Arbeitsabschaffung?

Die durch die Unterstützung Hitlers zu Amt und Würden gekommene Regierung der Barone huldigt der Auffassung, daß eine Belebung der Wirtschaft nur durch die privatwirtschaftliche Initiative geschehen könne. Die Unternehmer erhalten riesenhafte Mittel, mit denen sie ihre Betriebe besser beschäftigen sollen. Mancher von ihnen wird sich aber mit Recht fragen, wo er die mehr erzeugten Produkte eigentlich absetzen soll. Der tiefste Grund der Krise liegt doch darin, daß es nicht an Waren mangelt, sondern an der Kaufkraft, diese aufzunehmen. Der Papen-Plan enthält zwei fundamentale Fehler: er bringt statt Kaufkraftvermehrung weitere Kaufkraftschumpfung. Ferner verzettelt er riesige Kapitalien für den aussichtslosen Versuch, die Wirtschaft durch Anregung der privaten Unternehmungslust anzukurbeln, anstatt sie planmäßig für ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm einzusetzen. Die dem Unternehmer durch Steuersubvention zur Verfügung gestellten Mittel können infolge mangelnder Kaufkraft für die Wirtschaft gar nicht wirksam werden. Da sie ohne die Verpflichtung irgendeiner Gegenleistung gegeben werden, dienen sie nur der privaten Bereicherung oder zur Steigerung des Profits. Die Steigerung der Profitmöglichkeiten kann aber die Ankurbelung der Wirtschaft nicht bringen. Das belebende Element jeder gesunden Volkswirtschaft ist die Kaufkraft der Bevölkerung.

Nicht der Mangel an Krediten, sondern der Mangel an Absatz hat bisher die Wirtschaftsbelebung verhindert. Drei Viertel der deutschen Bevölkerung lebt von Lohn und Gehalt. Wenn dieser große Teil der Bevölkerung jeden Pfennig zweimal umdrehen muß, ehe er ausgegeben wird, dann kann sich keine Wirtschaft halten oder beleben. Der Papen-Plan dient also nicht der Arbeitsbeschaffung, sondern der Arbeitsabschaffung. Deshalb ist es notwendig, am 6. November für eine

Regierung zu sorgen, die einen Arbeitsbeschaffungsplan vorlegt, der allein eine Ablösung der Krise verspricht. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatten solche Arbeitsbeschaffungspläne ausgearbeitet. Sie müssen zur Grundlage der Wirtschaftsbelebung gemacht werden.

Gewerkschaftliches

Die Entwicklung der Tarifföhne

Vom Mai bis August 1932 senkten sich die tariflichen Stundenlöhne im Gesamtdurchschnitt der von der amtlichen Statistik erfaßten Gewerbe für Facharbeiter um 4,3 % auf 81,1 ₰ , für Angelernte um 0,7 % auf 68,7 ₰ , für Hilfsarbeiter um 4,9 % auf 63,4 ₰ , für weibliche Fach- und angelernte Arbeiter um 0,4 % auf 53,2 ₰ und für Hilfsarbeiterinnen um 0,2 % auf 44 ₰ . Lohnsenkungen sind in dieser Zeit besonders eingetreten im Baugewerbe und im Holzgewerbe. Der stärkste Rückschlag trat für Facharbeiter und Hilfsarbeiter ein. Hoffentlich erleben wir es noch einmal, daß mit diesem Kaufkraftmord endlich Schluß gemacht wird.

Nazi-Paradies Oldenburg

Als kürzlich Arbeiter bei Notstandsarbeiten an der unteren Hunte wegen untertariflicher Bezahlung in den Streik traten, stellte sich nicht nur heraus, daß das Arbeitsamt widerrechtlich die Löhne herabgesetzt hatte, sondern es ergab sich auch, daß der nationalsozialistische Ministerpräsident Roever die Polizei anwies, keine Zusammenkünfte der Streikenden zu dulden. Es wurde den Streikenden die Möglichkeit unterbunden, über die Lage zu beraten. Erst durch Verhandlungen des Geschäftsführers des Baugewerksbundes gelang es, die Genehmigung zu einer Versammlung zu bekommen. Aber auch dabei wurde noch die Versammlungsfreiheit eingeengt, indem Herr Roever nur Betriebsversammlungen, nicht gemeinsame Versammlungen aller Streikenden zuließ. Und auch dann gestattete er keine Diskussionen über das von den Verhandlungsführern Vorgetragene, sondern lediglich Abstimmung. Zur Ueberwachung hatte er eigens mehrere Polizisten in die Versammlungen entsandt. Das ist ein Vorgeschmack von der Koalitionsfreiheit des Dritten Reiches.

Baugewerbliches

Ein europäisches Bausyndikat

Wie die führenden deutschen Handelszeitungen berichten, wurde vor einigen Tagen ein europäisches Bausyndikat gegründet. Eine Reihe führender englischer, französischer und deutscher Baufirmen haben sich zusammengeschlossen mit der Absicht, internationale Großgeschäfte abzuschließen und zu finanzieren. In diesem Syndikat ist auch die Firma Julius Berger, Tiefbau-AG., Berlin, und Philipp Holzmann AG., Frankfurt a. M., vertreten. In dem Syndikatsvertrag werden die Aufgaben der Vereinigung umschrieben. Es heißt dort: Zweck des Syndikats ist eine große Bauaufgabe in allen Ländern mit Ausnahme von Deutschland, Großbritannien und Frankreich zu studieren und, falls sich ihre Durchführbarkeit in technischer und finanzieller Hinsicht ergibt, sie gemeinsam mit Hilfe der hinter dem Syndikat stehenden internationalen Bankengruppen zur Durchführung zu bringen. Innerhalb des Syndikats soll jede Firma ihre volle Selbständigkeit behalten.

Nach den bisherigen Erfahrungen handelt es sich bei diesem Zusammenschluß führender Baufirmen um die monopolistische Ausnutzung der Bauauftraggeber. Es ist recht interessant, daß man nur immer den baugewerblichen Arbeiterorganisationen ihre internationale Verbindung vorwirft und schließlich ihnen sogar antinationale Gesinnung unterstellt, weil wir uns mit unsern Bruderorganisationen über diese oder jene Frage im Arbeiterinteresse verständigen. Den Kapitalisten ist eine internationale Verständigung von jeher etwas Selbstverständliches gewesen.

Sozialpolitisches

2,5 Millionen Arbeitslose ohne Unterstützung

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Durchschnitt des dritten Vierteljahres 1932 7,16 Millionen. Davon werden nur etwa 5,5 Millionen von den Arbeitsämtern erfaßt. Es gibt also in Deutschland eine sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit. Von den von den Arbeitsämtern erfaßten Arbeitslosen werden etwa 940 000 von der Arbeitslosenversicherung, 1 544 000 von der Krisenfürsorge und 2 163 000 von der kommunalen Wohlfahrt, unterstützt. Die übrigen rund 2,5 Millionen Arbeitslosen erhalten keinerlei öffentliche Unterstützung.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Man muß sich vergegenwärtigen, welches namenlose Elend in vielen deutschen Familien herrscht und wie kaltblütig der gegenwärtige Staat der Barone dem gegenübersteht. Diejenigen, die gar keine Unterstützung bekommen, bleiben bei der Betrachtung des Problems der Arbeitslosigkeit fast immer außer Betracht. Wenn man die Art und Weise, wie heute mit den unschuldigen Opfern der Wirtschaftskrise umgesprungen wird, betrachtet, und sie dem gegenüberstellt, wie früher sozialdemokratisch beeinflusste Regierungen für die Arbeitslosen gesorgt haben, so kann man den Unterschied von einst und jetzt sehr deutlich feststellen. Daß es so gekommen ist, daran sind große Teile des deutschen Volkes nicht unschuldig. Sie haben ihre Stimme reaktionären Parteien gegeben und die Stoßkraft der Sozialdemokratischen Partei dadurch vermindert. Am 6. November bietet sich Gelegenheit, frühere Fehler wieder gutzumachen.

Arbeiterversicherung

„Geringfügige Beschäftigung“ und die „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“

Als geringfügig im Sinne der Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist eine Beschäftigung, wenn sie auf nicht mehr als 30 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder wenn für sie kein höheres wöchentliches Entgelt als 10 ₰ wöchentlich oder 45 ₰ monatlich verdient wird. Kurzarbeit fällt darunter nicht.

Nach einer Entscheidung des Beschlusses des Reichsversicherungsamtes darf bei Arbeitnehmern, die in mehreren Beschäftigungsverhältnissen stehen, für die Prüfung der Frage, ob es sich um eine geringfügige und deshalb versicherungsfreie Beschäftigung handelt, mehrerer derartiger Beschäftigungen das Arbeitsentgelt nicht zusammengezählt werden. Jedes Arbeitsverhältnis rechnet also für sich und wenn durch dieses nicht die schon angegebenen Voraussetzungen erfüllt werden können, ist die Beschäftigung versicherungsfrei. Eine Beschäftigung — und das kommt heute sehr oft vor — bei der Gemeinde als Fürsorgearbeiter, wenn die Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden wöchentlich beträgt und wenn nicht der tarifvertragliche oder mangels eines solchen der ortsübliche Lohn gezahlt wird, ist ebenfalls versicherungsfrei.

Diese Richtlinien wurden in einem Erlaß vom 6. September 1932 erneut bestätigt. Der Erlaß war vom Reichsminister der Finanzen an die Präsidenten der Landesfinanzämter ergangen, weil Unklarheit darüber herrschte, ob bei geringfügiger Beschäftigung die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe vom Arbeiter geleistet werden soll. Es wurde in dem Erlaß darauf hingewiesen, daß Arbeitnehmer die geringfügige Beschäftigung ausüben, wie sie das Arbeitslosenversicherungsgesetz vorsieht, die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe nicht zu entrichten haben. Diese Auslegung ist für die davon Betroffenen von großer Wichtigkeit, da in der Not-

verordnung vom 14. Juni 1932 bekanntlich an Stelle der Krisenlohnsteuer die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe trat. Von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe aber nach § 1 der Verordnung alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Lehrlinge betroffen werden sollen. Durch die neue Auslegung der Bestimmungen sind aber die in der Arbeitslosenversicherung als versicherungsfrei anerkannten Arbeitnehmer davon befreit worden. Voraussetzung ist, daß es sich um ein Arbeitsverhältnis und nicht um einen Werkvertrag handelt.

Arbeitsrechtliches

Verteidigt das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft!

Ohne die Arbeiterkoalitionen würde die Arbeiterklasse bei der modernen Warenerzeugung auf das denkbar tiefste Niveau der Lebenshaltung und geistigen Entwicklung herabgedrückt und ein Zustand geschaffen werden, der eine Gefahr für die deutsche Kultur darstellt. Karl Legien.

Das Recht der freien Vereinigung, das unter schweren Opfern erkämpfte wichtigste Grundrecht für den Zusammenschluß aller abhängigen Lohnarbeiter ist in Gefahr. Am Wahltag müssen sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen entscheiden, ob die Pläne der Unternehmer, die auf eine Vernichtung der Gewerkschaften oder zumindest auf die Zerstörung ihrer Existenzbasis abzielen, in Erfüllung gehen sollen. Denkt daran, daß bis zum November 1918 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten, insbesondere denen in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, im Verkehrsgewerbe, in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft, nicht erlaubt war, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das Recht der freien Vereinigung für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, vornehmlich der Lehrlinge, ist eine Errungenschaft, die erst die Staatsumwälzung 1918 ihnen gebracht hat. Ausgestattet mit diesem Recht hat die Arbeiterklasse erreicht, daß die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der Unternehmer erschüttert und das einseitige Herrenrecht der Arbeitgeber innerhalb der Betriebe beseitigt wurde. Ohne das im Artikel 159 der Reichsverfassung von Weimar garantierte freie Vereinigungsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten gäbe es kein kollektives und kein soziales Arbeitsrecht. Ohne die in den Gewerkschaften organisierte Macht wäre dieses Recht niemals entstanden und die deutsche Arbeiterklasse wäre nach wie vor der Willkür der Unternehmer rettungslos ausgeliefert.

Gewaltige Opfer haben die Arbeiter bringen müssen, bevor die Gewerkschaften durch die Unternehmer und die politischen Gewalthaber anerkannt wurden. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der sich in den zehntausend Tarifverträgen für etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte offenbart, soll erschüttert werden. Die Unternehmer wollen wieder von sich aus einseitig die Arbeitsbedingungen diktieren. Wollen die Arbeiter sich nicht wieder in die Willkür der Unternehmer begeben, so bleibt ihnen kein anderer Ausweg als der Zusammenschluß in ihren gewerkschaftlichen Berufsorganisationen. Mit dem Ringen um das freie Koalitionsrecht verteidigt die deutsche Arbeiterklasse zugleich ihr Lebensrecht.

Indem die Regierung in die Grundrechte der Arbeiterschaft eingreift, versucht sie die Gewerkschaften an der Durchführung ihrer großen sozialen und kulturellen Aufgaben zu hindern. Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie durch ihren Lohnkampf eine eminent volkswirtschaftliche und soziale Funktion erfüllen. Den Arbeitgebern erscheinen die Gewerkschaften aber als Störenfriede, die den reibungslosen Konjunkturverlauf nur stören und die Wiederingangsetzung der Wirtschaft hemmen. Wenn die Gewerkschaften sich gegen den gewaltsamen

Einbruch in die Kaufkraft der Arbeitermassen wehren, dann verhindern sie damit die Steigerung des Massenelends und verhüten außerdem die Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften erweisen mit diesem Kampf ihre tiefere Einsicht in die wahren Interessen der Gesamtwirtschaft, sie kämpfen für das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, weil sie verhindern wollen, daß die Arbeiter allein das Verlustrisiko der privaten Wirtschaftsführung tragen. Die Arbeiter dürfen nicht länger die Objekte dieser Wirtschaftsunsinnung bleiben.

Die neuen Gewalthaber sind drauf und dran, die Arbeiter wieder politisch und wirtschaftlich rechtlos zu machen, sie der Autorität zu unterstellen, die heute vom Herrenklub repräsentiert wird. Die Arbeiterschaft ohne Koalitionsrecht wäre völlig isoliert und hilflos ihren Gegnern ausgeliefert. Vereinzelt stehend bleibt dem Arbeiter nur die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Unterwerfung. Erst durch das Recht der Vereinigung hat die Arbeiterschaft ihre Menschenwürde und das proletarische Selbstbewußtsein erungen und sich damit die Achtung ihrer Gegner erkämpft.

Es geht in den gegenwärtigen Kämpfen um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse. Durch den restlosen Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften verteidigen wir zugleich das heiligste Grundrecht der Arbeiterklasse:

Das freie Koalitionsrecht.

Politische Wochenschau

Hitler ein Schädling und Schwindler — Völkerhaß in der Schule — Deutschnational „Politik“ — Harzburger Keilerei — Krach im KPD-Laden — Reichsgericht und Boxheimer Dokumente

Der „Ober-Osaf“ aus Braunau, Herr Adolf Hitler, hat einen umfangreichen Offenen Brief an Papen geschrieben. Vier Seiten seines Leibblattes hat er damit vollgeschmiert. Die Regierung Papen hat sich durch den Inhalt des Offenen Briefes beleidigt gefühlt. Sie mußte den „jungen nationalen und aufbauwilligen Kräften“ eine recht derbe Zurechtweisung erteilen. In einer Regierungserklärung, die als Entgegnung zu dem Brief Hitlers aufzufassen ist, stellt die Reichsregierung in aller Öffentlichkeit fest, „daß Hitler in seinem Offenen Brief vom 20. Oktober unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit die Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen“. Da haben wir's also. Hitler, der Führer der „aufbauwilligen nationalen Kräfte“, ist nach den Feststellungen der Reichsregierung ein Schädling des Volkes, der unwahre Behauptungen erhoben hat. Im gewöhnlichen Leben nennt man Leute dieser Art Schwindler.

Die thüringische nationalsozialistische Regierung will nun in ihrem Ländchen das Dritte Reich durchführen. Der Nazi-Volksbildungsminister hat eine Verordnung erlassen, durch die der Völkerhaß als Lehrfach eingeführt werden soll. Der thüringischen Jugend sollen die Kriegschuldartikel des Versailler Diktats bei allen Gelegenheiten eingeblutet werden. Den Kindern soll der Völkerhaß schon in der Jugend beigebracht werden. Die Anordnungen sehen vor, daß die Klassen auf die entsprechenden Ausführungen des Lehrers, der den Artikel 231 des Versailler Diktats zu zitieren hat, antworten: „Die deutsche Schande soll brennen in unsern Seelen bis zu dem Tage der Ehre und Freiheit.“ Wie lange sollen diese Jugendvergifter ihr Werk noch ungestraft fortsetzen dürfen?

Im sogenannten Klepper-Ausschuß, den der Preußische Landtag eingesetzt hat, bemühen sich die Deutschnationalen außerordentlich, dem preußischen republikanischen Finanzminister etwas anzuhängen. Mit bisher in der Politik unbekanntem Methoden arbeiten die

politischen Brunnenvergifter. Jedes Mittel der Verleumdung, der Ehrabschneidung, der Niedertracht ist diesen deutschnationalen Politikern recht, wenn es gilt, Gegner unschädlich zu machen. Die Erneuerer Deutschlands zeigen, daß sie vor keiner Schandtat zurückschrecken, wenn es gilt, „Politik“ in ihrem Sinne zu machen.

In den Versammlungen der Deutschnationalen Volkspartei geht es immer sehr lebhaft her. Die „aufbauwilligen nationalen Kräfte“ von der NSDAP, machen den Hugenberg-Leuten das Leben recht schwer. In fast allen Versammlungen der Deutschnationalen kommt es zu kräftigen Keilereien zwischen den Parteien der Harzburger Front. In Potsdam, Berlin, Köln usw. kam es in den deutschnationalen Versammlungen zu kleinen Störungsversuchen und zu großen Auseinandersetzungen. Verschiedentlich gingen

Jubiläums-Verbands-Taschenkalender 1933

Aus Anlaß der 50. Wiederkehr der Bandsgründung hat der Zentralvorstand den bei allen Kameraden beliebten Verbands-Taschenkalender als Jubiläumskalender herausgegeben. Jeder Zahlstelle wurde ein Probeexemplar zugestellt. Der Verkaufspreis ist um 10% ermäßigt. Der Kalender kostet nur 45 ₤. Um jedoch auch den Kolporteur für den Verkauf zu interessieren, hat der Zentralvorstand beschlossen, daß dieser von jedem verkauften Exemplar 5 ₤ für seine Mühe erhalten soll. Genau wie seine Vorgänger dürfte sich der Jubiläumskalender für 1933 in den Kreisen der Kameraden großen Zuspruchs erfreuen. Auf die Ausstattung wurde diesmal besonderer Wert gelegt. Um alle Kameraden an dem Erwerb des Kalenders zu interessieren, haben wir auch diesmal den Kalender mit

Gewinnmöglichkeiten

ausgestattet. Die Käufer des Kalenders haben die Möglichkeit, die nachstehenden wertvollen Gewinne zu erlangen.

1. Gewinn: 1 Lindcar-Herren-Fahrrad mit Blende und Zubehör.
2. Gewinn: 1 Lindcar-Herren-Fahrrad mit Blende und Zubehör.
3. Gewinn: 1 hochfeiner kompletter Manchester-Anzug (Hose, Weste und Jackett).
4. Gewinn: 1 Manchester-Arbeitshose und Weste.
5. Gewinn: 1 Manchester-Arbeitshose und Weste.
6. Gewinn: 1 hochfeine Herren-Taschenuhr.
7. Gewinn: 1 Manchester-Arbeitshose.
8. Gewinn: 1 Manchester-Arbeitshose.
9. Gewinn: 1 Isländer, Ia Qualität, mit Reißverschluss.
10. Gewinn: 1 Isländer, Ia Qualität, mit Reißverschluss.
11. bis 20. Gewinn: je 1 „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“, Band 1 und 2.
21. bis 120. Gewinn: je 1 Buch „Wir zimmern neu die alte Welt“.
121. bis 170. Gewinn: je 1 Exemplar „Der Jungkamerad“.
171. bis 190. Gewinn: je 1 Exemplar „Der Bauhandwerker Reden u. Sprüche“.
191. bis 210. Gewinn: je 1 Exemplar „Arbeit und Volksklassen im Wandel der Zeiten“.
211. bis 230. Gewinn: je 1 Exemplar „Gewerkschaften u. Arbeitsrecht“.
231. bis 280. Gewinn: je 1 Exemplar „Jung-Zimmermann“, gebunden (Jahrgang 1930).
281. bis 290. Gewinn: je 1 Exemplar „Der Zimmerpolier“, gebd. (Jahrg. 1931).
291. bis 350. Gewinn: je 1 Exemplar „Handwerksliederbuch“, gebunden.

Jeder Kalender ist auf der Innenseite des Einbandes mit einer Nummer versehen. Diese Nummer gilt als Los.

Die Gewinner haben sich nach erfolgter Auslosung vom Zahlstellenvorstand eine Bescheinigung darüber ausstellen zu lassen, daß sie den Verbands-Taschenkalender mit der in Frage kommenden Gewinnnummer besitzen. Sollten die Zahlstellen bis Ende Februar noch im Besitz unverkaufter Kalenderexemplare sein, so müssen diese bis spätestens 15. März an den Zentralvorstand zurückgegeben werden, andernfalls die Zahlstelle damit belastet wird. Es ist dringend zu empfehlen, Bestellungen umgehend bei den Zahlstellenvorständen aufzugeben.

die streitenden Parteien mit Stuhlbeinen aufeinander los. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun, um die „aufbauwilligen“ voneinander zu trennen.

Der langjährige Führer der KPD., Heinz Neumann, ist zum alten Eisen geworfen. Im KPD.-Laden herrscht ein fürchterlicher Krach. Nur einiges erfährt die breite Öffentlichkeit von diesen Wühlereien in der Leitung der KPD. So berichtet „Die Rote Fahne“, daß durch einstimmigen Beschluß der zentralen Körperschaften Heinz Neumann, der unter dem Namen „Henker von Nanking“ bekannt ist, und einige andere Genossen, die auf Grund ihrer politischen Fehler und Abweichungen von der Linie der Partei mit den Methoden des Gruppenkampfes die Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten revolutionären Massenpolitik zu stören versucht haben. Nun wird die große KPD.-Säge in Bewegung gesetzt werden.

Das Reichsgericht hat am 12. Oktober entschieden, daß der bekannte Verfasser der Boxheimer Dokumente, der Nationalsozialist Dr. Best, endgültig außer Verfolgung gesetzt wird. Das Reichsgericht kam zu dem Ergebnis, daß eine Anklage nicht erhoben werden kann. Die Entscheidung des Reichsgerichts wird weiten Kreisen des Volkes unverständlich bleiben. Schließlich kehrte dutzendmal in den Boxheimer Dokumenten die Drohung wieder, daß Gegner des nationalsozialistischen Parteiregiments im Falle ihrer Machtergreifung „erschossen“ werden. Schließlich können nunmehr alle Parteien Dokumente der ähnlichen Art abfassen und ihre Gegner immerfort mit dem Tode bedrohen. Das Reichsgericht hat ja Recht gesprochen.

Briefkasten der Redaktion

A. B. H. 1. Wenn nicht vertraglich etwas anderes vereinbart, dann ist mündliche Kündigung gültig. 2. Der Ausdruck ist keine Beleidigung. 3. Wer seinen Verpflichtungen dem Hauswirt gegenüber nicht nachkommt, kann zur Räumung der Wohnung gezwungen werden. 4. Nach den Vorschriften über Unterhaltsansprüche muß Dein Vater, da er dazu in der Lage ist, für Deinen Unterhalt aufkommen, soweit die öffentliche Fürsorge Deine Unterstützung ablehnt. Die Klage auf Gewährung des Unterhalts ist beim zuständigen Amtsgericht einzureichen.

Koblenz, H. Mit der Annahme einer Postsendung durch den Empfänger erlischt der Auslieferungsvertrag zwischen Post und Absender. Der Empfänger kann die Annahme von Postsendungen verweigern. Dies muß aber direkt bei der Zustellung geschehen. Nur bei gewöhnlichen Briefen und Postkarten, deren Adresse zwecks Nachsendung korrigiert wird, kann nach der Zustellung noch eine Annahme verweigert werden. Ueberhaupt nicht verweigern kann der Empfänger die Annahme eines Briefes mit Zustellungsurkunde. Das gleiche gilt für Einschreibebriefe. Wird aber trotzdem die Annahme verweigert, so treten die Rechtsfolgen der

Sendung so ein, als ob der Empfänger den Brief doch inhaltlich zur Kenntnis genommen hätte.

Literarisches

Zielrichtung: „Vorwärts.“ Unter diesem Motto ist die neueste Nummer der „Frauenwelt“ bereits auf den Wahlkampf zugeschnitten. Die „Frauenwelt“ ist so vielseitig, daß jede Hausfrau auf den Gedanken kommen muß, diese Zeitschrift wäre speziell für ihre eigenen persönlichen Verhältnisse geschaffen. Und das ist schließlich das größte Verdienst, daß sich eine proletarische Frauenzeitschrift erwerben kann, die dazu nur 30 Pfennig kostet (bei 14-tägigem Erscheinen) und in jeder Volksbuchhandlung zu haben ist.

Nie wieder Monarchie! Diesen Kampf führt, unterstützt durch packende Photos, nimmt die IRZ (Illustrierte Republikanische Zeitung) in ihrer neuesten Nummer (43) auf, um sich mit den Dunkelmännern, die für eine Wiederkehr des autoritären Staates emsig arbeiten, auseinanderzusetzen. Die IRZ ist unstreitig die interessanteste und vielseitigste Illustrierte der Republik. Ihre Verbreitung liegt mehr denn je im Interesse unseres Kampfes um die politische Macht. Ihr Preis (20 Pfennig) ist so niedrig, daß jeder Republikaner sie lesen und verbreiten sollte, besonders da jetzt noch das Rundfunkwochenprogramm der deutschen Sender darin enthalten ist.

Rund um den Rundfunk! Der „Volksfunk“, die große wöchentliche Funk-Illustrierte der Eisernen Front, zeigt auch im neuen Heft, wie dieser Kampf um den Rundfunk fortgeführt werden muß. Das Heft bringt neben den bildgeschmückten Programmen der deutschen Großsender auch die Programme aller wichtigen europäischen Sender, die von Woche zu Woche verbessert und vervollständigt werden. Der Bezugspreis durch Buchhandel oder Post ist 96 Pf. monatlich frei Haus. Der Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, sendet auf Wunsch Probehefte kostenlos zu.

Von Stinnes bis Krueger. Eine ganze Heldengalerie gestürzter Größen des Kapitalismus marschiert in den 16 Seiten der aufschlußreichen neuen Broschüre auf, die der Dietz-Verlag, Berlin, noch rechtzeitig vor der Wahl herausgegeben hat. 10 Pf. kostet diese Broschüre. Wir hoffen, daß die kleine wertvolle Schrift in großen Massen unter der werktätigen Bevölkerung Verbreitung findet; denn sie ist von bleibender Bedeutung über diesen Wahlkampf hinaus.

Du und ich — wir bauen auf! Von Eugen Prager. Diese Schrift enthält in geschickter Darstellung unsere Sozialisierungsforderungen, für deren Durchführung wir uns in diesen Wochen in aller Öffentlichkeit bekennen und auch im Reichstag einsetzen werden.

Sozialismus — ja oder nein? Von Paul Löbe. Es ist wohl nötig zu sagen, daß diese kleine Werbeschrift ein einziges Bekenntnis für die menschheitsbeglückende Idee des Sozialismus ist. Die Kenntnis dieser beiden Broschüren ist für jeden in der Arbeiterbewegung Stehenden nötig. Das Lesen ist nicht nur anregend, sondern hilft auch mit größerer Klarheit über die wahren und unverfälschten sozialistischen Ziele zu schaffen. Eine großzügige Verbreitung dieser Wahlbroschüre ist gerade deshalb in den nächsten Tagen wünschenswert.

Anzeigen

Sterbetafel

Blankenburg a. Harz. Am 7. Oktober starb unser Kamerad **Wilhelm Krebs** im Alter von 18 Jahren durch Unglücksfall.

Hamburg. Am 20. Oktober starb unser Kamerad **Jakob Behrmann** im Alter von 57 Jahren an Herzschlag.

Königsberg i. Pr. Am 12. Oktober starb unser Kamerad **Friedrich Girnus** an Magenkrebs.

München. Am 21. Oktober starb unser Kamerad **Josef Breitmoser** im Alter von 45 Jahren an Lungentzündung.

Staßfurt. Am 10. Oktober starb unser Kamerad **Otto Kuwald** im Alter von 32 Jahren an Lungeneiden.

Ehre ihrem Andenken!

Hobelbänke 50 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität.
Blatt Ia gediegene Rotbuche. Garantie

Werkzeuge

Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pima a. d. Elbe.



Louis Mosberg

Bielefeld 25
in Berufskleidung
und Werkzeugen
unübertroffen.
Ermäßigte Preisliste gratis.

Sportschlitten-Kufen

Esche, gebogen, prima Ware
100 120 140 160 200 cm Holzlänge
1,95 1,60 2,— 2,25 3,25 ₤ pro Paar.
Ringelkufen, 145 cm Holzlänge, 4,50 ₤.
Hobelbänke und Werkzeuge billigst.
F. J. Walther, Dresden 23, Rehfelder Str. 53 a.

Spottbillig Kauft

trotz hoher Qualität
100 Edeltahl-Rasterklingen
RM 2,50
die vom Verband herausgegebene
Fachliteratur!
Werkzeuge
Werkzeugliste gratis.
Westfalia Werkzeugcomp., Hagen 247 (Westf.)

Klingen-Böhme

Berlin-Lichterfeld 3/50

Zimmerer-Hosen!

Echt schwarz, III-Draht-Leder, mit 12er Schuß- und Ledertaschen. Marke „Eisenfest“ 10,50 RM, Sorte 2: 7 RM, Sorte 3: 6 RM.
Echt Lindner Manchesterhosen
Alle Farben echt. Erste Sorte: 13,50 RM, Sorte 2: 10,50 RM, Sorte 3: 9 RM vers. nach Maß bei Bestellung von 20 RM porto- und spesenfrei ins Haus. — Preisliste frei.

Spezialfabrik für Berufskleidung
Emil Hohlfeldt
Dresden N, Ritterstraße 2

Ein Inserat hat immer Erfolg!
Inseriert im Zimmerer!